

FEINDBILD ISRAEL

Wieso der Hass gegen den jüdischen Staat in Teilen
der politischen Linken anschlussfähig ist.



Über im.feld

In seiner Reihe *im.feld* beleuchtet das *Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)* gesamtgesellschaftliche Themenfelder und Fragestellungen. Basierend auf kontinuierlichen Feldbeobachtungen und regelmäßigem Monitoring werden Entwicklungen, Akteur:innen und Phänomenbereiche analysiert und eingeordnet. Die Beiträge des *JFDA* werden ergänzt durch Interviews mit Expert:innen oder Gastbeiträge. Hierdurch soll eine breite Öffentlichkeit für verschiedene Formen des Antisemitismus und der Demokratiefeindlichkeit sensibilisiert werden.

Die Ausgaben werden als PDF-Version auf der Website des *JFDA* zum Download zur Verfügung gestellt.



Impressum

im.feld 2 – Feindbild Israel: Wieso der Hass gegen den jüdischen Staat in Teilen der politischen Linken anschlussfähig ist.

V.i.S.d.P.: Levi Salomon

Fotografie: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA), Meira García

Autor:innen: Sebastian Beer, Lina Eilers, Meira García, Helen Greiner, Felix Westphal, Simon Zierk

Gastbeitrag: Dr. Martin Kloke

Titel: Berlin, 1. Mai 2022 „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“

Herausgeber

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Postfach 12 05 30, 10595 Berlin

Telefon +49 (0)30 91 48 11 69

E-Mail info@jfda.de

Internet www.jfda.de

Gefördert durch das Land Berlin (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) und die F. C. Flick Stiftung.

INHALTSVERZEICHNIS

3	EINLEITUNG
5	VON DER IDEE ZUM EIGENEN STAAT
11	ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS
16	BOYCOTT, DIVESTMENT AND SANCTIONS (BDS)
21	ZENTRALE AKTEUR:INNEN UND IHRE FUNKTION
30	DEMOSPRÜCHE UND PAROLEN
35	ZUR ANSCHLUSSFÄHIGKEIT AN DIE POLITISCHE LINKE
42	SCHLUSSBEMERKUNG
44	GLOSSAR
48	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS



Berlin, 19. Mai 2021, Demonstration im Rahmen des Israel-Gaza-Konflikts 2021.

EINLEITUNG

Antisemitische Parolen, Vernichtungsfantasien gegenüber Israel, Glorifizierung von palästinensischen Terrorist:innen: All das ist seit Jahren immer wieder auf Demonstrationen im Kontext des Nahostkonflikts zu beobachten. Insbesondere im April und Mai häufen sich Vorfälle dieser Art, da zum einen verschiedene Jahrestage begangen werden und zum anderen das Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan häufig von Ausschreitungen in Israel und Gaza begleitet wird. In Reaktion darauf kommt es auch hierzulande wiederkehrend zu israelfeindlichen Protesten.

Die gesamtgesellschaftliche Empörung angesichts solcher Ausschreitungen ist oft groß. Und trotz des wiederholt lauten Aufschreis und Forderungen nach politischen oder rechtsstaatlichen Konsequenzen, scheint es, als sei bisher keine adäquate Antwort auf antisemitische Eskalationen dieser Art gefunden worden. Im Gegenteil: Die maßgeblich beteiligten Akteur:innen scheinen zunehmend sogar an Einfluss zu gewinnen, insbesondere auch auf linke Strukturen, mit denen sie zum Teil eng zusammenarbeiten. Dass Unterstützer:innen antisemitischer Kampagnen wie *Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)* auch im

Kunst- und Kultursektor zunehmend Anschluss finden, zeigte sich deutlich im Kontext der *documenta 15* im Jahr 2022.

Ein aktuelles Beispiel für einen Zusammenschluss von Akteur:innen des pro-palästinensischen und linken Spektrums ist die diesjährige Mobilisierung zu einer Großdemonstration anlässlich des 75. Jahrestages der Nakba am 20. Mai 2023 in Berlin. Die Kampagne ist eine Reaktion auf die Demonstrationsverbote im letzten Jahr, mit denen Behörden auf antisemitische und pressefeindliche Vorkommnisse auf ähnlichen Versammlungen reagierten. Statt sich mit den konkreten Vorwürfen auseinanderzusetzen, sind die Verantwortlichen dazu übergegangen, sich mit der Umdeutung der Verbotsbegründung in eine rassistische Strategie zur Unterdrückung palästinensischer Stimmen, gegen Kritik zu immunisieren. Mit dieser Abwehr haben sie offensichtlich Erfolg. Unabhängig der realen Bedrohung für Jüdinnen:Juden, die sich auf diesen Versammlungen artikuliert, zeigte beispielsweise eine Pressesprecherin von *Fridays For Future Deutschland* und Aktivistin bei *BIPoC For Future* Sympathien für die *#Nakba75*-Kampagne. Unterstützung erhalten die Initiator:innen auch von

Politiker:innen der Partei *Die Linke* und einem Vorstandsmitglied von *Die Linke. SDS*.

Zusammenschlüsse wie im Kontext der *#Nakba75*-Kampagne sind nicht neu. Ob bei *Fridays For Future*, Demonstrationen zum 1. Mai, Gedenkbündnisse anlässlich des Attentats in Hanau, Großdemonstrationen wie *Umverteilen* oder zum Luxemburg-Liebkecht-Gedenken: pro-palästinensische und israelfeindliche Gruppen nutzen Versammlungen zunehmend für ihr Thema und werden in vielen Fällen mehr als akzeptiert.

Doch wie kommt es, dass linke Strukturen anfällig dafür sind, israelbezogenen Antisemitismus in den eigenen Reihen zu dulden beziehungsweise diesen selbst zu reproduzieren? Die vorliegende Broschüre widmet sich genau dieser Frage und soll auf mit dem Themenbereich verbundene Aspekte des Antisemitismus sensibilisieren.

Hierfür wird zunächst ein kurzer Überblick zur jüngsten Geschichte Israels ge-

geben, ohne dessen Kenntnis die spezifischen Formen des linken Antisemitismus nicht zu verstehen sind. Im Anschluss wird das Phänomen des israelbezogenen Antisemitismus weiter skizziert. Da es sich um komplexe Themen handelt, können wir nur eine überblicksartige Darstellung bieten, die durch weitere Lektüre vertieft werden sollte. Im zweiten Teil der Broschüre werden die Boykottkampagne *BDS* sowie drei zentrale Gruppierungen des pro-palästinensischen Spektrums behandelt. Abschließend wird die Anschlussfähigkeit des israelbezogenen Antisemitismus in linken Strukturen näher beleuchtet.

Wir hoffen, mit der vorliegenden Broschüre einen kurzen, aber differenzierten Einblick in die Thematik zu bieten und somit eine Basis zur Diskussion und Reflexion zu schaffen. Ziel ist es, jungen Menschen, die Unsicherheit in Bezug auf die Thematik empfinden, grundlegende Informationen bereitzustellen, die dazu befähigen, Antisemitismus zu erkennen und den Mut zum Widerspruch zu finden.

Bestimmte Begriffe sind in dieser Broschüre **gelb** hervorgehoben. Die Begriffe werden in einem Glossar (ab Seite 44) erläutert.

VON DER IDEE ZUM EIGENEN STAAT

Die Geschichte des modernen Staates Israel ist nicht nur unmittelbar mit dem Nahostkonflikt verknüpft, sondern auch mit der Geschichte des Judentums und der Bedrohung durch Antisemitismus. Diese Komplexität wird jedoch häufig ausgeblendet. Wir versuchen im weiteren Verlauf einen Überblick über die neuere Geschichte und Gegenwart des jüdischen Staates zu geben.

Der Zionismus und der Weg zum jüdischen Staat

Für den ersten Staatspräsidenten Israels, Chaim Weizmann, sollte Israel ein Staat wie jeder andere sein. Dass dies eher Anspruch als Realität war, wird mit einem Blick in die komplexe Geschichte der israelischen Staatsgründung deutlich. Der Staat Israel als Demokratie und Rechtsstaat ist ein Ergebnis des europäischen Antisemitismus und der Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts. Die jüdische Nationalbewegung wird Zionismus genannt (vgl. Brenner 2020: 17–23). Die meisten Strömungen des Zionismus forderten einen eigenen Staat für Jüdinnen:Juden, dennoch sind die einzelnen Strömungen sehr unterschiedlich. Es gibt sozialistische, liberale, konservative, rechtsextreme und religiöse (vgl. Wolffsohn/Grill 2016: 87–92; vgl. Brenner 2016: 76–80).

Die Entstehung des Staates Israel war durchweg von Auseinandersetzungen mit der arabischen Bevölkerung der Region begleitet. Obwohl in der Antike weitgehend vertrieben, gab es in dem Gebiet, das Palästina und Erez Israel genannt wurde, stets eine jüdische Gemeinschaft. Ende des 19. Jahrhunderts siedelten sich in dem zu dieser Zeit vom Osmanischen Reich beherrschten Gebiet vermehrt Jüdinnen:Juden an, was an der Verbreitung der zionistischen Idee und dem europäischen Antisemitismus lag. Prägend in dieser Zeit waren die mörderischen Pogrome im russischen Zarenreich und die sogenannte Dreyfus-Affäre in Frankreich, bei der ein französischer jüdischer Offizier Opfer einer antisemitischen Kampagne wurde. Diese Ereignisse führten bei vielen Jüdinnen:Juden zu der Erkenntnis, dass sie einen eigenen Staat brauchten, in dem sie vor diesem Antisemitismus geschützt wären.

Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt Großbritannien vom internationalen Völkerbund ein Mandat für Palästina und den Auftrag, eine nicht weiter bestimmte nationale „Heimstätte“ (Brenner 2020: 86) für Jüdinnen:Juden zu schaffen. Dabei sollten die anderen dort lebenden Menschen nicht benachteiligt werden. Während dieser Zeit kamen immer mehr Jüdinnen:Juden in das Mandatsgebiet. Auch sie kamen aus zionistischer Überzeugung und flohen vor dem gewaltsamen europäischen Antisemitismus, was durch die Machtübernahme der Nazis in Deutschland verstärkt wurde (vgl. Brenner 2020: 107). Jedoch beschränkte die

britische Mandatsmacht die Einwanderung von Jüdinnen:Juden so stark, dass vielen Flüchtlingen die Einreise verwehrt wurde und sie nur dank Hilfe zur illegalen Einwanderung ins Land gelangen konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen Überlebende der Shoah das Mandatsgebiet vielfach als einzigen Ausweg. Der Konflikt im Mandatsgebiet eskalierte währenddessen so weit, dass ab 1947 eine bürgerkriegsähnliche Situation entstand. Die britische Mandatsmacht kündigte daraufhin an, das Gebiet zu verlassen und die Verantwortung an die neu gegründeten Vereinten Nationen zu übergeben (vgl. Brenner 2016: 113).

David Ben Gurion ruft den Staat Israel aus. Tel Aviv, 14. Mai 1948 (Israel Ministry of Foreign Affairs: Public Domain).



Die Gründung des Staates Israel

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen stimmte 1947 für die Aufteilung des Mandatsgebiets in einen arabischen und einen jüdischen Staat, sodass beide Bevölkerungsgruppen in ihrem jeweiligen Staat leben könnten (vgl. Brenner 2020: 128). Die zionistischen Vertreter:innen nahmen diesen Beschluss an, während die arabischen diesen ablehnten. Nachdem David Ben Gurion, der Anführer der zionistischen Bewegung in Palästina und spätere Ministerpräsident Israels, am 14. Mai 1948 den Staat Israel ausrief, überfielen die Armeen Ägyptens, Jordaniens, Syriens, Iraks, und des Libanons den jungen Staat Israel mit dem Ziel, diesen zu vernichten (vgl. Wolffsohn/Grill 2016: 38). Der Krieg endete Anfang 1949 mit einem Sieg Israels (vgl. Segev 2018: 472). Der Staat Israel als jüdischer und demokratischer Staat war Realität geworden. Ein Teil des ehemaligen Mandatsgebietes wurde Teil des israelischen Staates, während Ostjerusalem und das Westjordanland von Jordanien annektiert wurden. Der Gazastreifen wurde zwar nicht von Ägypten annektiert, stand jedoch unter ägyptischer Verwaltung. Zeitweise gab es im Gazastreifen eine arabische Regierung, die Anspruch auf ganz Palästina, also das gesamte ehemalige Mandatsgebiet einschließlich Israels, erhob. Sie hatte allerdings nur sehr begrenzte Befugnisse und wurde von Ägypten kontrolliert. Präsident dieser Regierung war bis 1953 der ehemalige Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini.

Zuvor hatte dieser die arabische NS-Propaganda unterstützt, sich persönlich mit Adolf Hitler getroffen und auf dem Balkan Muslime für die SS rekrutiert (vgl. Black 2018: 130; vgl. Morris 2008: 195f.; vgl. Segev 2005: 506f.). Unterdessen dominierten in Israel von der Staatsgründung bis in die 1970er-Jahre die sozialistischen und sozialdemokratischen Strömungen des Zionismus die Politik, unter deren Führung der israelische Staat aufgebaut wurde (vgl. Wolffsohn/Grill 2016: 87f.).

Während dieses israelischen Unabhängigkeitskrieges verloren etwa 700.000 Palästinenser:innen ihre Heimat. Sie flohen vor dem Kriegsgeschehen in der Hoffnung, nach einem Sieg der arabischen Armeen zurückzukehren oder wurden vertrieben. Dieses Ereignis ist auf Arabisch als **Nakba** bekannt. Bis heute spielt sie in der palästinensischen Erinnerung eine wichtige Rolle. Teilweise wird sie fälschlicherweise als Produkt einer groß angelegten und geplanten israelischen Strategie zu ihrer gezielten Vertreibung dargestellt (vgl. Brenner 2016: 116; vgl. Segev 2018: 453ff.; vgl. Zaddoff 2020: 32 u. 40). Diejenigen, die im israelischen Staatsgebiet blieben, konnten israelische Staatsbürger:innen werden. Der Anteil der arabischen/palästinensischen Israelis an der israelischen Bevölkerung ist stetig gewachsen und macht heute etwa 20 Prozent der israelischen Bevölkerung aus. Die israelische Unabhängigkeitserklärung garantiert ihnen ihre Bürgerrechte. Im gleichen Zeitraum begann die Flucht und

Vertreibung von mehr als 850.000 Jüdinnen:Juden aus arabischen und nordafrikanischen Ländern sowie dem Iran, wodurch jahrhunderte- und sogar jahrtausende alte jüdische Gemeinden, wie im Jemen oder im Irak zerstört wurden (vgl. Stillman 1991: XXI u. 177–180). Israel nahm diese Menschen trotz enormer wirtschaftlicher Kosten auf, was auch zu Spannungen in der israelischen Gesellschaft führte. So etablierte sich der junge Staat Israel als Zufluchtsort für Jüdinnen:Juden aus aller Welt, die vor Verfolgung und Antisemitis-

mus flohen. Im Gegensatz dazu wurde die geflohene arabische Bevölkerung in den Nachbarländern, mit Ausnahme Jordaniens, nicht integriert und hat bis heute einen Flüchtlingsstatus (vgl. Zadoff 2020: 40 u. 46).

Israel und der Sechstagekrieg 1967

Seit der Gründung des modernen Staates Israel gab es mehrere Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarn, welche die Existenz Israels lange Zeit nicht akzeptierten

Nakba: Palästinenser:innen gedenken noch heute der Nakba (arabisch Katastrophe oder Unglück), der Vertreibung und Flucht von 700.000 arabischen Bewohner:innen Palästinas. Durch eine einseitige Betrachtung der historischen Vorgänge, dient der Bezug auf die Nakba jedoch häufig der Delegitimierung und Dämonisierung Israels. Während des israelisch-arabischen Krieges, der eine Reaktion auf die Staatsgründung Israels war, kam es zu teils heftigen Kämpfen und Kriegsverbrechen, unter denen sowohl die arabische als auch die jüdische Bevölkerung litt. Nach der Staatsgründung Israels griffen die umliegenden arabischen Führer den neugegründeten Staat an. Sie erhofften sich einen schnellen Sieg und forderten die arabische Bevölkerung auf, das Land bis zum Sieg zu verlassen. Andere flohen aus eigenem Antrieb vor der brutalen Realität des Krieges. Wiederum andere wurden tatsächlich von israelischen Soldaten vertrieben. Wie viele Menschen geflohen und wie viele vertrieben worden sind, ist bis heute nicht endgültig geklärt. Eines ist jedoch sicher: Die Behauptung, Israel habe das Land ethnisch von der arabischen Bevölkerung gesäubert, ist unhaltbar. Der israelisch-arabische Krieg war ein Verteidigungskrieg Israels. Dieselben Länder, die den Krieg als Reaktion auf die Staatsgründung Israels begannen und der arabischen Bevölkerung die Aufforderung zur Flucht erteilten, weigern sich bis heute, den arabischen Geflüchteten Rechte zu gewähren. Eine Ausnahme stellt hier Jordanien dar, wo die meisten Palästinenser:innen jordanische Staatsbürger:innen sind. Die Nakba ist für Palästinenser:innen mit großem Leid und tragischen Familiengeschichten verbunden. Durch die verkürzte Darstellung des israelisch-arabischen Krieges wird jedoch eine einseitige Opfergeschichte konstruiert. Der Angriffskrieg war auch für die israelische Bevölkerung traumatisch.

und dies zum Teil auch heute nicht tun. Besonders prägend ist bis heute der sogenannte Sechstagekrieg von 1967. Nach dem israelischen Sieg in diesem Krieg kontrollierte Israel Ostjerusalem und das Westjordanland, sowie die ägyptische Sinai-Halbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen (vgl. Brenner 2020: 162; vgl. Zadoff 2020: 81). Israel behandelte diese Gebiete unterschiedlich. Die Sinai-Halbinsel wurde 1979 im Rahmen eines Friedensabkommens an Ägypten zurückgegeben. Ostjerusalem und die Golanhöhen wurden von Israel annektiert und werden heute als israelisches Staatsgebiet behandelt. Während sich Israel 2005 komplett aus dem Gazastreifen zurückzog, wird das Westjordanland weiterhin von Israel militärisch besetzt (vgl. Wolffsohn/Grill 2016: 20; vgl. [Supreme Court of Israel 2004: 1–13](#)). Mit der Zeit siedelten sich jüdische Israelis in diesen besetzten Gebieten an, was von der jeweiligen israelischen Regierung geduldet und teils gefördert wurde. Diese Menschen sind gemeint, wenn heute von israelischen Siedler:innen gesprochen wird (vgl. Brenner 2020: 178–181).

Der Friedensprozess

In den besetzten Gebieten gab es bis heute zwei größere Aufstände der palästinensischen Bevölkerung. Genannt werden diese *Intifada*. Die erste Intifada begann 1987 und endete 1993 mit dem Oslo-Abkommen. In diesem Abkommen erkannte die

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als wichtigste palästinensische Organisation den Staat Israel an und schwor dem Terrorismus offiziell ab. Israel erkannte die zuvor als terroristisch bezeichnete *PLO* als politische Vertreterin der Palästinenser:innen an. Zudem wurden der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Autonomierechte mit der Aussicht auf einen eigenen Staat eingeräumt. Der palästinensisch-israelische Friedensprozess kam jedoch ins Stocken. Die Gründe hierfür sind komplex und vielfältig. Palästinensische Terrorgruppen wie die *Hamas* überzogen Israel mit Bombenattentaten, denen auch Zivilist:innen zum Opfer fielen, um den Friedensprozess zu stoppen. Auf israelischer Seite wurde der sich für den Frieden einsetzende israelische Premierminister Jitzchak Rabin von einem national-religiösen Israeli ermordet und seine Arbeitspartei *Awoda* verlor 1996 die Wahlen gegen den konservativen *Likud* unter Benjamin Netanjahu. Netanjahu stand dem Osloer Friedensprozess skeptisch gegenüber (vgl. Brenner 2020: 186; vgl. Rabinovich 2016: 228ff.) Mit der zweiten Intifada kam der Friedensprozess endgültig ins Stocken. Diese begann im Jahr 2000 und endete 2005. Gekennzeichnet war sie von einer neuen Intensität von Terroranschlägen auch auf zivile Ziele, denen über 1.000 Israelis zum Opfer fielen und zu einer tiefen Verunsicherung der israelischen Gesellschaft führte. Auf palästinensischer Seite starben bis zu 3.000 Menschen (vgl. Brenner 2016: 117f.). Die von

den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak (Regierungszeit 1999 bis 2001) und Ehud Olmert (Regierungszeit 2006 bis 2009) jeweils angebotenen Verhandlungslösungen, die auch einen palästinensischen Staat beinhalteten, wurden von palästinensischer Seite abgelehnt (vgl. Zadoff 2020: 124 u. 128).

Im Jahr 2005 zog sich Israel vollständig aus dem Gazastreifen zurück. Dies ermöglichte es der *Hamas* 2007 gewalttätig, die Macht in Gaza von der verfeindeten *PLO* zu übernehmen. Seitdem ist die palästinensische Führung zweigeteilt. Im Gazastreifen herrscht die islamistische *Hamas* autokratisch, während die *PLO*, die Palästinensische Autonomiebehörde mit ihren eingeschränkten Autonomierechten, im Westjordanland dominiert. Aus dem Gazastreifen werden regelmäßig Raketen auf die umliegenden israelischen Städte abgefeuert, was zu mehreren Kriegen führte und bis heute immer wieder auch bewaffnete Aufstände provoziert (vgl. Zadoff 2020: 127f.).

ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS

Der Vorwurf des Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts wird oft mit der Behauptung beziehungsweise der Überzeugung abgewehrt, dass man nichts gegen Jüdinnen:Juden habe, sondern nur Kritik am israelischen Staat oder seiner Regierung äußere. Kritik an der Politik Israels ist selbstverständlich erlaubt und notwendig, um eine offene und demokratische Diskussion zu fördern. Der israelbezogene Antisemitismus missbraucht die Kritik an Israel jedoch, um antisemitische Ressentiments im Namen des vermeintlich Guten zu äußern. Der nachfolgende Text erklärt die Spezifik des Antisemitismus, um im Anschluss die besondere Form des israelbezogenen Antisemitismus näher zu betrachten.

Spezifik des Antisemitismus

Während israelbezogener Antisemitismus zu Beginn der Nachkriegszeit als Mittel zur Schuldabwehr fast ausschließlich bei der extremen Rechten zu finden war (vgl. Botsch 2020: 25), ist er heute in allen politischen Spektren zu beobachten. Dies gilt auch für linke Strukturen, obwohl sich diese in der Regel gegen alle Formen der Menschenfeindlichkeit aussprechen. Das eigene, vermeintlich ehrbare Anliegen, – das Einstehen für die von Israel unterdrückten Palästinenser:innen –, das aus einem antirassistischen Bestreben resultiert, befreit nicht von antisemitischen Denk- und Handlungsweisen. Das judenfeindliche Ressentiment tritt oft durch eine Umwegkommunikation auf, ohne dass man sich

dessen unbedingt bewusst ist. Durch eine jahrtausendealte Geschichte hat es sich in die kollektive Gedanken- und Sprachwelt eingepägt. Um Antisemitismus erkennen und benennen zu können, darf er nicht als Spielart des Rassismus verstanden werden.

Rassismus und Antisemitismus sind Ideologien der Ungleichwertigkeit, die sich trotz gewisser Gemeinsamkeiten in signifikanten Elementen unterscheiden. Beide Denk- und Wahrnehmungsformen konstruieren Eigen- und Fremdgruppen, denen unterschiedliche Eigenschaften und Wertigkeiten zugeschrieben werden. Im Rassismus wird die eigene Gruppe als überlegen angesehen und die Fremdgruppe als primitiv, gewaltvoll und triebgesteuert abgewertet. Dies dient dazu,



Berlin, 1. Juni 2019, „Al-Quds-Marsch“.

ihre gesellschaftliche Schlechterstellung, ihre Ausbeutung und Gewalt zu legitimieren. Im Antisemitismus findet neben einer Abwertung auch eine Überhöhung der Fremdgruppe statt. Jüdinnen:Juden werden als mächtig, einflussreich und wohlhabend dargestellt, was dazu führt, dass sie als über- oder allmächtig und somit als unbändige Gefahr für die eigene Gruppe wahrgenommen werden. Grundlegende Dimension des Antisemitismus ist daher die Vernichtung der Juden [1], die als Selbstverteidigung imaginiert wird.

Der Ursprung antisemitischer Vorstellungen, Stereotype und Deutungsmuster liegt im Konkurrenzverhältnis zwischen dem Christentum und dem Judentum. Die Christen warfen den Jüdinnen:Juden vor, für den Tod Jesu verantwortlich zu sein, was dazu führte, dass sie fortan als „Gottesmörder“ galten.

In den folgenden Jahrhunderten kamen zu den religiösen Motiven der Judenfeindschaft neue Elemente und Legenden hinzu. Als Sündenböcke wurden sie für Seuchen

[1] Der Begriff „Juden“ wird hier als Konzept betrachtet und daher nicht gegendert.

und andere Katastrophen verantwortlich gemacht oder beschuldigt, christliche Kinder zu entführen, um ihr Blut für Rituale zu verwenden. Im 19. Jahrhundert wandelte sich die christliche Judenfeindschaft zum modernen Antisemitismus: eine umfassende antimoderne Ideologie mit weltanschaulicher Erklärungsfunktion, die in der Existenz der Juden die Ursache aller Probleme sieht. Hintergrund dieser Behauptung ist, dass die Emanzipation von Jüdinnen:Juden im Zuge der Aufklärung mit der Industrialisierung und damit mit dem Entstehen der Moderne und dem Kapitalismus zusammenfiel. Der moderne Antisemitismus bietet die Möglichkeit, die negativen Erscheinungen der Moderne und die damit einhergehenden Unsicherheiten zu personifizieren. Durch die Personifizierung von gesellschaftlichen Prozessen können Schuldige identifiziert werden, auf die eigene negative Emotionen projiziert werden. Es wird nicht nur alles Jüdische als böse und schlecht wahrgenommen, sondern auch alles Schlechte und Böse, als jüdisch. Dies erklärt, warum widersprechende Feindbilder, wie der Kommunismus und der Kapitalismus, mit dem Judentum identifiziert werden.

Antisemitische Kritik an Israel

Die gewaltvolle Geschichte der Judenfeindschaft gipfelte im eliminatorischen Antisemitismus des Nationalsozialismus und der Shoah mit der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen:Juden. Seit dem unter-

liegt Antisemitismus in Deutschland einem Tabu und kann nicht mehr so offen artikuliert werden, ohne sanktioniert zu werden. Dies hat zur Folge, dass sich seit 1945 eine subtilere Form des Antisemitismus durchgesetzt hat, die oft bewusst, jedoch auch unbewusst, über eine Umwegskommunikation stattfindet. Dabei wird es möglich, antisemitische Gedanken zu äußern, ohne Jüdinnen:Juden explizit zu nennen. Dies zeigt sich insbesondere im israelbezogenen Antisemitismus, der gegenwärtig besonders virulent ist. Während jede achte Person in Deutschland eher klassische antisemitische Einstellungen vertritt, ist etwa ein Drittel für Vergleiche zwischen Israel und dem Nationalsozialismus zugänglich (vgl. [Hestermann/Nathanson/Stetter 2022: 51; AJC 2022: 20–21](#)). Die Abneigung gegen Jüdinnen:Juden wird in einer Kritik an Israel rationalisiert, während gleichzeitig ein nicht-antisemitisches Selbstverständnis aufrechterhalten wird. Trotz wissenschaftlicher Erkenntnisse wird die Gefahr von israelbezogenem Antisemitismus oder gar seine Existenz immer wieder infrage gestellt.

Im israelbezogenen Antisemitismus werden klassische antisemitische Zuschreibungen umgewandelt und auf den Staat Israel angewendet, wodurch dieser als „Jude unter den Staaten“ (Poliakov (2022 [1983])) erscheint. In dem Spruch „Kindermörder Israel“ werden beispielsweise Vorstellungen aus den Ritual- und Kindermordlegenden aus dem Mittelalter reaktiviert. In der



Berlin, 26. Juli 2014, „Für Frieden in Gaza Sternmarsch“.

Darstellung des Premierministers Netanjahus als blutrünstiger Teufel wird dieser in Tradition der Gottesmordlegende als teuflisch und gottverlassen dämonisiert. Doch nicht immer sind die antisemitischen Zuschreibungen so offensichtlich. Sie werden häufig durch Chiffren oder Codes verschleiert. Indem der **Zionismus** von einem Unabhängigkeitsstreben eines verfolgten Volkes in ein imperialistisches Herrschaftsstreben umgedeutet wird, wird die antisemitische Vorstellung des jüdischen Allmachtstrebens aufgegriffen. Durch die Beschreibung Israels als **Kolonialmacht** oder die Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus wird der Staat als das absolut Böse dämonisiert.

Neben der Übertragung antisemitischer Stereotypen auf Israel kann sich eine undifferenzierte Abneigung gegen den Staat auch durch eine einseitige Sichtweise auf

den Nahostkonflikt oder Doppelstandards zeigen. Das bedeutet, dass man unterschiedliche Maßstäbe zur Beurteilung Israels im Vergleich zu anderen Staaten anlegt. Eine reduzierte und verzerrte Darstellung des komplexen und langwierigen Konflikts fügt sich in bereits vorhandene Vorurteile gegenüber Israel ein. Dabei wird ausschließlich Israel als handelnder Akteur dargestellt und das Verhältnis von Ursache und Wirkung ausgeblendet. Andere beteiligte Akteur:innen, wie die islamistische **Hamas**, werden aus der Verantwortung genommen. Israel wird nicht nur die alleinige Schuld am Nahostkonflikt gegeben, sondern auch für alle Missstände in den palästinensischen Gebieten, wie zum Beispiel die dort herrschende Queerfeindlichkeit, verantwortlich gemacht. Durch dieses Schwarz-Weiß-Schema der Beurteilung wird die politische Komplexität des Nah-

Kolonialismus/Siedlerkolonialismus: Kolonialismus bezieht sich auf die politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterwerfung und Ausbeutung eines Landes oder Territoriums durch eine fremde Macht. Israel ist auf dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina entstanden. Jüdinnen:Juden haben selbst teilweise für die Etablierung eines eigenen Staates gegen die britischen Kolonisatoren gekämpft. Der Staat Israel ist ein Schutzort für jüdische Menschen aus der ganzen Welt und wurde nicht mit dem Ziel gegründet, die arabische Bevölkerung zu unterwerfen. Siedlerkolonialismus ist eine spezifische Form des Kolonialismus, bei der Kolonisatoren ein Land besetzen, um sich dauerhaft in dem Gebiet niederzulassen und es in ein neues Heimatland zu verwandeln. Indem man Israel als Siedlerkolonie bezeichnet, wird ausgeblendet, dass Jüdinnen:Juden seit 2000 Jahren auf dem Gebiet (ehemals Judäa und Samaria) leben und selbst von dort vertrieben worden sind. Eine Einteilung in eine indigene und fremde Bevölkerung verkennt, dass das Land von der Einwanderung einer arabischen und jüdischen Bevölkerung geprägt ist. Die Siedlungen im Westjordanland sind keine Folge einer kolonialen Politik Israels, sondern haben für den Staat innen- und sicherheitspolitische Gründe. Für die Siedler:innen stehen persönliche und religiöse Gründe im Vordergrund. Durch die Einordnung als Kolonial-/Siedlerkolonialmacht wird nur der Anspruch der arabischen Gruppe anerkannt.

ostkonflikts negiert. Zudem werden die Palästinenser:innen als alleinige Opfer dargestellt, ohne dass ihnen politische Handlungsmacht zugesprochen wird.

All dies dient der Dämonisierung und Delegitimierung und führt in letzter Konsequenz zur Infragestellung der Existenz Israels. Der jüdische Staat ist durch die jahrtausendelange Verfolgungsgeschichte

von Jüdinnen:Juden, mit dem Höhepunkt in der **Shoah**, nicht nur für Israelis, sondern für alle Jüdinnen:Juden weltweit eine Sicherheitsvoraussetzung und bietet ihnen Schutz vor erneuter antisemitischer Verfolgung. Die Betrachtung des Nahostkonflikts kann diesen historischen Fakt und den andauernden Antisemitismus als grundlegende Bedingung für seine Entstehung und Existenz nicht ausblenden.

BOYCOTT, DIVESTMENT AND SANCTIONS (BDS)

Gratwanderungen zwischen „Israelkritik“ und Antisemitismus

Das nachfolgende Kapitel basiert auf einem Vortrag des Autors Dr. Martin Kloke bei der Fachtagung „Antisemitismus – alter Hass in neuen Formen?“ in der jüdischen Gemeinde Düsseldorf am 23. September 2019. Im Januar 2020 wurde er erstmals in verschriftlichter Form auf der Website „COMPASS-Infodienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tagesthemen im Web“ ([Kloke 2020](#)) veröffentlicht. Für die vorliegende Broschüre wurden durch das *JFDA* sprachliche Anpassungen getätigt und einzelne Aspekte aktualisiert.

Die Entstehung der Boykottkampagne

Antizionistische Boykottbewegungen sind nichts Neues – es gibt sie seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Darunter fällt auch der Boykott der **Arabischen Liga** gegen Israel – er war der längste und umfangreichste Boykott überhaupt und betraf auch nicht-jüdische Firmen, die sich in Israel wirtschaftlich betätigten. Dieser Boykott dauerte von 1948, dem Gründungsjahr Israels, bis in die 1990er-Jahre. Der Boykott gegen Israel ist auch in Deutschland in diversen Milieus immer virulent gewesen. Die Kampagne *Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)* einer der jüngsten und womöglich der wirkmächtigste Boykottaufruf gegen Israel.

Wir schreiben den 9. Juli 2005: An diesem Tag wird der *BDS*-Gründungsaufruf veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht die Forderung, jegliche Auftritte, Investitionen oder wissenschaftliche Kooperationen mit Israel und israelischen Staatsbürger:innen abzusagen oder zu beenden. 171 zivilgesellschaftliche palästinensische Organisationen richten diesen Aufruf an die Weltöffentlichkeit. So jedenfalls lautet die Gründungslegende von *BDS*.

Tatsächlich gehen die *BDS*-Anfänge auf die Antirassismus-Konferenz der UNO 2001 im südafrikanischen Durban zurück – genauer: auf die vorbereitende asiatische Regionalkonferenz in Teheran. Dort wird die dämonisierende und dele-

gitimierende Diktion formuliert, wonach Israel eine neue Form der **Apartheid** etabliert habe und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wirtschaftlich, kulturell und politisch isoliert werden müsse. Eingang sollte das in die Abschlusserklärung der UN-Weltkonferenz in Durban finden. Die Konferenz bringt einen israelbezogenen Antisemitismus hervor, der in seiner Intensität beispiellos ist – nicht nur wegen der Abschlusserklärung, die die wesentlichen Hatespeech-Formulierungen der Teheraner Erklärung reproduziert, sondern auch und besonders wegen des parallel abgehaltenen NGO-Meetings, wo die antisemitischen „**Protokolle der Weisen von Zion**“ zirkulieren und in Flugblättern die Ermordung der europäischen Jüdinnen:Juden „gefeiert“ wird (vgl. [Thiel 2019](#)).

Unabhängig vom BDS-Gründungsmythos ist noch eines auffällig: BDS-Aktivist:innen stellen ihre Kampagne in die Traditi-

on früherer Boykotte gegen die britische Besatzung und gegen die „zionistische Kolonisation“ generell. Vor allem in den USA, in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern erzeugt der Aufruf eine breite Resonanz – federführend in Agitation und Umsetzung sind universitäre Milieus. In verschiedenen internationalen Gremien – etwa beim sechsten Weltsozialforum 2006 in Caracas – haben sich soziale NGOs dem Aufruf angeschlossen, sodass BDS eine globale Bewegung geworden ist. Schlüsselfigur ist Omar Barghouti, ein in Katar geborener palästinensischer Aktivist. Er ist Koordinator der BDS-Kampagne.

Die BDS-Bewegung

BDS ist keine Kaderorganisation, sondern begreift sich als „Bewegung“. Wer immer kulturelle, akademische oder ökonomische Boykotte gegen Israelis und mit Is-

Apartheid: Das politische System der „Rassentrennung“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Südafrika wurde Apartheid genannt. In diesem System waren alle Rechte der weißen Bevölkerung vorbehalten. Die mehrheitlich schwarze Bevölkerung wurde unterdrückt, ausgebeutet und erniedrigt. 1973 wurde die Apartheid im Völkerrecht als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit definitert“ und geächtet. Die Einstufung Israels als Apartheidsregime verkennt die politische und rechtliche Lage vor Ort. Es gibt keine staatliche Segregation oder systematisch geförderte Unterdrückung der arabischen Israelis. Arabische Israelis besitzen politische Ämter und sind ein aktiver Teil aller gesellschaftlichen Bereiche. Trotzdem gibt es in Israel, wie überall auf der Welt, Rassismus, der benannt und bekämpft werden muss. Die Einordnung als Apartheidstaat verfolgt jedoch ein anderes Ziel: die Delegitimierung Israels. Gleichzeitig wird die Apartheid in Südafrika verharmlost.

rael handelnde Personen, Firmen und Institutionen startet oder Regierungen zu Sanktionen und Embargos gegen Israel anmiert, einschließlich der Beendigung von Investitionen, darf sich als Teil der weltweiten BDS-Bewegung verstehen. Auf diese Weise soll Israel international isoliert und ausgegrenzt werden. Naomi Klein, Judith Butler und Roger Waters zählen zu den bekanntesten BDS-Sympathisant:innen.

Kaum bekannt ist die Tatsache, dass es in diversen BDS-Milieus personelle und finanzielle Verflechtungen mit terroristischen Gruppen wie der islamistischen *Hamas* und der links-säkularen *Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)* gibt – nach offiziellen israelischen Angaben sollen mehr als ein Dutzend NGOs im „BDS-Netzwerk“ tätig sein (vgl. [Redaktion Mena-Watch 2019](#)). BDS-Aktivist:innen propagieren das Ende der Besatzung, das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge, die strukturelle Gleichsetzung Israels mit dem früheren Apartheidregime in Südafrika.

In wichtigen Fragen zeigt sich BDS merkwürdig vage – wohl auch deshalb, um potenzielle Sympathisant:innen nicht zu verschrecken. Wer genauer hinschaut, stellt fest, dass BDS Maximalforderungen erhebt, die keinen Platz lassen für einen irgendwie gearteten Kompromiss. Omar Barghouti und andere Aktivist:innen betonen, die „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ müsse beendet werden – schon im Gründungsaufwurf von 2005 wird

diese Forderung ausdrücklich in den Kontext von 1948 gestellt (vgl. [BDS Movement 2005](#)). Folgerichtig appelliert die Philosophin Judith Butler an die Israelis, ihr Beharren auf einen jüdisch geprägten Staat aufzugeben (vgl. [Butler 2013](#)). Anders als bei allen anderen Flüchtlingsgruppen wird bei den Palästinenser:innen der Flüchtlingsstatus weitervererbt. Erhielten alle Flüchtlinge und ihre Nachfahren (seit 1948 drei Generationen!) ein „Rückkehrrecht“ und nähmen dieses in Anspruch, würden fünf Millionen Palästinenser:innen nach Israel kommen – demografisch würde das der Eliminierung des jüdischen Staates gleichkommen.

In Deutschland sind die BDS-Gruppen überschaubarer als in anderen westlichen Ländern. Ihre Aktivist:innen sind vor allem in Berlin, Bonn und Stuttgart aktiv. Die einzige Partei, die BDS offiziell unterstützt, ist die stalinistisch-maoistische *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)*. Doch der Einfluss von BDS ist größer als an der Zahl der unterstützenden Aktivist:innen und Organisationen ablesbar ist. BDS erzeugt mit seinem israelfeindlichen Profil nicht nur in der Linken – besonders markant im Rahmen des Demonstrationsbündnisses „Revolutionärer 1. Mai“ –, sondern auch in der organisierten Rechten und in der Neonazi-Szene beträchtliche Resonanz. Beispiele sind die Neonazi-Kleinpartei *Der III. Weg*, aber auch gewisse AfD- und NPD-Milieus. Selbst in linkskirchlichen Kreisen beider großer



Berlin, 16. März 2023, im Anschluss an die „Netanjahu not Welcome“ Kundgebung.

christlicher Konfessionen [2] sowie in globalisierungskritischen Milieus finden sich Sympathisant:innen von BDS. Israelkritische Aktivist:innen agieren hierzulande vorsichtiger als anderswo. Bis heute gibt es in Deutschland eine gewisse Zurückhaltung gegenüber BDS – Analogien zur NS-Parole „Kauft nicht bei Juden“ hemmen die israelfeindliche Boykott-Lust. Teilweise gesellschaftliche Rückendeckung erhalten BDS-Aktivist:innen vor allem im Kultursektor. Um Assoziationen an den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 zu vermeiden, ist heute unterhalb der BDS-Schwelle kaum mehr das hässliche Wort „Boycott“ zu hören.

Mittlerweile treten Aktivist:innen in der Öffentlichkeit immer seltener offen unter dem Label BDS auf. Das hat einen einfachen Grund. Der Deutsche Bundestag nahm am 17. Mai 2019 einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen mit dem Titel „BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ an (vgl. [Deutscher Bundestag 2019](#)). Darin wird das Anliegen der Boykottkampagne scharf kritisiert und als antisemitisch beurteilt. Im Antrag heißt es, dieses „führe in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes.“ Damit verbunden wur-

[2] Erwähnt seien zum Beispiel Teile der katholischen „Friedensbewegung Pax Christi“ sowie das in einigen linksprotestantischen Milieus zustimmend rezipierte Kairos-Palästina-Dokument (2009) „A moment of truth. A word of faith, hope, and love from the heart of Palestinian suffering“.

de unter anderem beschlossen, dass keine Organisationen finanzielle Förderungen erhalten sollen, „die das Existenzrecht Israels infrage stellen“ oder „zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung aktiv unterstützen“.

Darauffolgende Klagen von BDS-Aktivist:innen gegen diesen Beschluss, wonach er sie

in ihrer individuellen Meinungsfreiheit einschränke, scheiterten (vgl. [JFDA 2021](#)). In Anbetracht dessen sind viele der Aktivist:innen dazu übergegangen, die Ablehnung und Kritik ihrer Aktivitäten als Rassismus, insbesondere als „antipalästinensischen Rassismus“ zu labeln. Auf diese Weise wird Antisemitismus umgedeutet und versucht, sich vor möglicher Kritik zu immunisieren.

Zum Autor

Dr. Martin Kloke promovierte 1989 an der Universität Gießen zum Thema „Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses“. Heute ist er Redakteur für die Fächer Ethik, Philosophie und Religion beim *Cornelsen Verlag* in Berlin. Zudem forscht und publiziert er zu den deutsch-israelischen sowie christlich-jüdischen Beziehungen mit einem Schwerpunkt auf linkem Antisemitismus.

Berlin, 19. Mai 2021, „Gegen die israelische Aggression in Palästina“.



ZENTRALE AKTEUR:INNEN UND IHRE FUNKTION

In der Auseinandersetzung mit israelfeindlicher Agitation in Deutschland stößt man auf viele verschiedene Gruppierungen. Angesichts dessen kann der Eindruck entstehen, es handele sich um eine große Zahl von Aktivist:innen. Tatsächlich bestehen häufig jedoch Überschneidungen zwischen den jeweiligen Akteur:innen. Im weiteren Verlauf werden stellvertretend drei Gruppierungen vorgestellt, denen jeweils eine spezifische Funktion zuteil kommt: *Samidoun*, *Palästina Spricht* und *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. (Jüdische Stimme)*.

Samidoun

Ursprung und Beteiligte

Samidoun wurde eigenen Angaben zufolge im Herbst 2011 von palästinensischen Gefangenen während eines Hungerstreiks in einem israelischen Gefängnis gegründet (vgl. [Samidoun 2023a](#)). Mittlerweile ist die Organisation in mehr als zehn Ländern aktiv, darunter Schweden, Belgien, Frankreich, Kanada, USA, Brasilien und Deutschland. Federführend sind bekannte Aktivist:innen: Neben Charlotte Kates, verantwortlich für die internationale Koordination, trifft das auf den palästinensischen Aktivist Khaled Barakat zu. Barakat gilt als Unterstützer der BDS-Kampagne und der *Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)* (vgl. [Jansen 2020](#)).

Samidoun gilt als Vorfeld- beziehungsweise Tarnorganisation der *PFLP* im Ausland. Die 1967 gegründete *PFLP* wird unter anderem von der Europäischen Union als Terrororganisation eingestuft. Sie handelt nach außen „unter dem Deckmantel der Humanität“ ([Schmidt 2022](#)). Zugleich vertritt sie *antizionistische* Politik und hat sich dem Kampf gegen Israel verschrieben (vgl. [Deutscher Bundestag 2021](#)). In diesem Zuge sucht sie „den Schulterchluss mit anderen Terrororganisationen in den palästinensischen Autonomiegebieten wie der *Hamas*“ (Wertelinitiative 2021: 5). International bekannt wurde die *PFLP* durch Flugzeugentführungen und Anschläge. Dazu gehört das Münchner Olympia-Attentat 1972. Die zugrunde liegende Ideologie ist durch Panarabismus, Nationalismus und *Marxismus-Leninismus* geprägt (vgl. [Beck 2023](#)).

Auftreten und Strategien

Samidoun bezeichnet sich als *Palestinian Prisoner Solidarity Network* (zu dt. Palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk). Offizielle Anliegen sind die Rechte und die Freilassung von palästinensischen Gefangenen in Israel. Oftmals betrifft das Personen, die wegen ihrer Beteiligung an antisemitischen Terroranschläge inhaftiert wurden, wie Ahmad Sa'adat, Georges Abdallah oder Nasser Abu Hmeid.

In der Regel unterschlägt *Samidoun* den eigentlichen Grund für ihre Inhaftierung: Sa'adat wurde 2008 unter anderem wegen

eines tödlichen Anschlags auf den damaligen israelischen Minister Rechavam Seevi zu 30 Jahren Haft verurteilt (vgl. [Tagespiegel 2008](#)). Abdallah war PFLP-Mitglied und galt als Anführer der *Libanesischen Revolutionären bewaffneten Fraktion (FARL)*. 1987 wurde er auch wegen Beihilfe zum Mord an einem israelischen Diplomaten zu lebenslanger Haft verurteilt (vgl. [Blume 1987](#)). Der mittlerweile an Krebs verstorbene Aktivist Nasser Abu Hmeid war ein Anführer der *al-Aqsa-Märtyrerbrigaden* und wurde 2002 unter anderem zu sieben lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Ihm wurde die Beteiligung an der Ermordung von sieben Israelis nachgewiesen (vgl. [Breiner/](#)

Berlin, 1. Mai 2022, „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“.



[Khoury 2022](#)). Die Liste palästinensischer Terrorist:innen, für die sich *Samidoun* einsetzt, ließe sich fortführen.

Statt die Taten als das zu benennen, was sie sind – als Terror –, werden die Täter:innen in ein positives Licht gerückt. *Samidoun* solidarisiert sich mit ihnen und druckt ihr Konterfei auf Plakate und Fahnen. Auf Demonstrationen und im Internet werden die Terrorist:innen glorifiziert und als Märtyrer überhöht.

Die Organisation ist sehr aktiv in den Sozialen Medien, insbesondere auf der Plattform *Instagram*. Dort wird versucht, eine junge Zielgruppe zu adressieren und die eigene Ideologie zu verbreiten. Hierfür werden eigene Online-Veranstaltungen beworben, die sich mit „den Märtyrern der Gefangenenbewegung“ (vgl. [Samidoun Deutschland 2023](#)) befassen.

Rolle für Proteste

Samidoun organisiert eigene Protestveranstaltungen und schließt sich darüber hinaus Aufrufen anderer Gruppen, vor allem aus der antiimperialistischen Linken, an. In Berlin nehmen die zumeist jungen Aktivist:innen mit Transparenten und eigenen Demonstrationsblöcken an Versammlungen teil und sind seit einigen Jahren fester Bestandteil verschiedener Bündnisse und Events.

Eigene Veranstaltungen dagegen erfahren außerhalb von Krisenzeiten in der Regel

keinen großen Zulauf. Im Februar 2023 mobilisierte *Samidoun* unter dem Motto „Freiheit für die Gefangenen ... Ruhm für die Märtyrer“ zu einer Demonstration in Neukölln, der sich etwa 80 Menschen anschlossen (vgl. [JFDA 2023a](#)). Auch andere Proteste bewegten sich in diesem Größenbereich. Im April 2023 sorgte eine Demonstration der Gruppierung in Berlin nach antisemitischen Vorfällen für bundesweite Aufmerksamkeit.

Neben Berlin zeigt *Samidoun* zunehmend auch in anderen Städten Präsenz. In Hamburg und Frankfurt am Main mobilisiert man gemeinsam mit anderen Gruppen zu Kundgebungen oder Infoständen. In Köln organisiert *Samidoun* eigene Protestveranstaltungen, wie zum Beispiel im April 2023 (vgl. [Polizei Köln 2023](#)). Die Demonstration, an der sich etwa 40 Personen beteiligten, wurde von der Polizei aufgelöst, nachdem mehrfach zur Gewalt gegen die Bevölkerung Israels aufgerufen wurde.

International ist die Gruppe gut vernetzt. Im Oktober 2022 mobilisierte man europaweit zum „Marsch der Befreiung und Rückkehr“ nach Brüssel. Mehrere hundert Menschen schlossen sich den Protesten an, auf denen vonseiten führender *Samidoun* Akteur:innen Vernichtungsphantasien gegenüber Israel geäußert wurden (vgl. [Raffa 2022](#)). Auch Vertreter der *Hamas* hatten im Vorfeld zur Beteiligung an den Protesten aufgerufen.

Einordnung

Samidoun erzielt durch die nach außen getragenen Anliegen den Anschluss an linke und migrantische Strukturen. Die Beteiligung der Gruppe an Protestveranstaltungen und Vorträge in linken und linksautonomen Kontexten wie im Februar 2023 in der Rigaer Straße (vgl. [Internationalistischer Abend 2023](#)) in Berlin zeigen, dass die Strategie mitunter erfolgreich ist.

Die Ideologie von *Samidoun* ist von Antisemitismus und Hass auf Israel geprägt. Das offenbart sich auf Demonstrationen und Kundgebungen, wo antisemitische Sprechchöre und Gewaltaufrufe – in der Regel widerspruchsfrei – skandiert werden (vgl. [JFDA 2023c](#)). *Samidoun* tritt sehr offen für die Einstaatenlösung zugunsten eines arabi-

schen Staates ein (vgl. [marx21 2021](#)). Dies käme dem „Kampf für freie Menschen [...] und für freie Menschen in allen Ländern dieser Welt“ ([Samidoun 2021](#)) gleich.

Das eigene Mobilisierungspotential ist noch eher gering. Allerdings sollte der Einfluss der Gruppe nicht unterschätzt werden. Insbesondere in Berlin hat es die Gruppe geschafft, aktiver Bestandteil linker Strukturen zu werden. Eine ähnliche Entwicklung erhoffen sich die Beteiligten auch andernorts.

PALÄSTINA SPRICHT

Ursprung und Beteiligte

Palästina Spricht wurde im Jahr 2019 in direkter Reaktion auf die parteiübergreifende Resolution des Bundestages gegen die

Berlin, 1. Mai 2022, „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“.



BDS-Kampagne gegründet. Die Resolution, die BDS als antisemitisch verurteilt, empfand man als Bedrohung der Meinungsfreiheit für palästinensische und migrantische Gruppen. Ihr Name nimmt direkt darauf Bezug, dass man sich die Artikulation von BDS-Narrativen nicht verbieten lassen würde (vgl. [García/Netz 2021](#)). Die Gruppe hat ihren Sitz in Berlin, ist allerdings durch regionale Ableger deutschlandweit aktiv. Die beteiligten Aktivist:innen treten selten mit Klarnamen auf und sind in vielen Fällen eng mit linken Strukturen verbunden.

Auftreten und Strategie

Auf der Website heißt es, *Palästina Spricht* verfolge das Ziel, Palästinenser:innen „in Deutschland eine gemeinsame Stimme“ ([Palästina Spricht o. J.](#)) zu geben. Dadurch kann der Eindruck entstehen, es handele sich um eine Interessenvertretung aller in Deutschland lebender Menschen palästinensischer Herkunft. Darüber hinaus fordert man „Menschenrechte“ und ein „Recht auf Selbstbestimmung“ ([Palästina Spricht o. J.](#)) – Forderungen, die wohl die meisten Menschen gutheißen. Tatsächlich agiert *Palästina Spricht* im Sinne der BDS-Kampagne, beteiligt sich an Protesten, auf denen die israelische Politik mit dem Nationalsozialismus (vgl. [JFDA 2023b](#)) verglichen wird oder befürwortet „Aufstände, Revolutionen und Dekolonisierungsprozesse wie eine *Intifada*“ ([Palästina Spricht 2022b](#)).

Palästina Spricht organisiert Vorträge, Diskussionen und Workshops, immer wieder auch in Zusammenarbeit mit der Fraktion *Die Linke Neukölln*. Gemeinsam veranstaltet man Podien zu Themen wie „Die andauernde Nakba & die Rolle der Partei Die Linke“ (2022) oder „75 Jahre Nakba: Anti-Palästinensischer Rassismus & Repression in Berlin“ (2023). Die sogenannte *Nakba* ist ein zentraler Bestandteil der inhaltlichen Auseinandersetzung der Gruppe.

Die Beteiligten suchen den Anschluss zu (linken) Strukturen. Dazu gehören Sammlungsbewegungen wie *Fridays For Future* oder *Black Lives Matter* (vgl. [Palästina Spricht o. J.](#)) (siehe Seite 35). Auf dem diesjährigen *Marx is' Muss* Kongress in Berlin, der von zahlreichen linken Organisationen und Medien unterstützt wird, ist mindestens ein Aktivist der Gruppe an einem Panel beteiligt (vgl. [Marx is' muss o. J.](#)).

Auch in den Sozialen Medien ist die Gruppe sehr präsent. Auf Plattformen wie *Instagram* oder *Twitter* werden Veranstaltungen beworben, tagesaktuelle Ereignisse kommentiert oder Infopostings veröffentlicht. Die inhaltliche Einordnung von Begriffen und Debatten erfolgt oftmals verzerrt.

Rolle für Proteste

Palästina Spricht ist sowohl an der Planung als auch an der Umsetzung zahl-



Berlin, 28. Juni 2019, Kundgebung gegen den BDS Beschluss des Bundestages.

reicher Protestveranstaltungen beteiligt. In den letzten Jahren war das vor allem in Berlin zu beobachten, wo die Gruppen mittlerweile eng mit migrantisch strukturierten wie „Migrantifa“ zusammenarbeiten und in linken Bündnissen einen festen Platz erhalten hat (vgl. [Palästina Spricht 2022a](#)). Auch die „Internationalistische Queer Pride“, die „Revolutionäre I. Mai Demonstration“ oder Hanau Gedenkveranstaltungen werden durch Aktivist:innen der Gruppe geprägt. In Städten wie Köln, Stuttgart, Frankfurt am Main, Hamburg oder Bremen zeigt *Palästina Spricht* ebenfalls Präsenz.

Insbesondere im Kontext des Nakba-Tages mobilisiert die Gruppe zu Protesten. Anders als in den Vorjahren wird 2023 jedoch darauf verzichtet, selbst als verantwortliche Organisation aufzutreten.

Stattdessen treten Aktivist:innen der Gruppe als federführende Akteur:innen der #Nakba75-Kampagne auf.

In den letzten Jahren kam es auf Protestveranstaltungen von *Palästina Spricht* zu Übergriffen auf Pressevertreter:innen und zu massiven antisemitischen Ausschreitungen. Im April 2022 beleidigten Teilnehmer:innen einer *Palästina Spricht* Demonstration einen Pressevertreter als „Scheiß Jude[n]“ ([Joswig 2022](#)). Auf derselben Kundgebung wurde ein Journalist getreten und vonseiten des Anmelders, einem *Palästina Spricht* Aktivist, Drohungen gegenüber anwesender Presse ausgesprochen. All das wurde im Nachgang durch die Verantwortlichen geleugnet oder verharmlost (vgl. [JFDA 2022](#)).

Einordnung

Palästina Spricht repräsentiert den linken Flügel der arabischen Palästina-Solidaritätsbewegung und bezeichnet sich selbst als eine anti-rassistische Bewegung mit internationalistischen und intersektionalen Grundkonsens (vgl. [Palästina Spricht 2022c](#)).

Die Gruppierung wird auch von jüdischen Antizionist:innen unterstützt und fungiert als eine Art Mobilisierungs- und Vernetzungsorgan. An Versammlungen nimmt ein breiteres Spektrum an verschiedenen linken und migrantischen Gruppen teil. Nach außen formulierte Ziele erwecken einen harmlosen Anschein und sollen an Forderungen anderer anschließen. Damit werden gemeinsame Kämpfe und Anliegen suggeriert.

Zeitgleich verbreiten Akteur:innen der Gruppe antisemitische Narrative und hetzen gegen Pressevertreter:innen, Kritiker:innen sowie politisch Andersdenkende. Die Selbstdarstellung von *Palästina Spricht* steht oftmals konträr zum tatsächlichen Auftreten der Beteiligten.

Jüdische Stimme

Ursprung und Beteiligte

Die *Jüdische Stimme* wurde 2003 in Berlin als deutscher Ableger der *European Jews For A Just Peace* gegründet. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von zwölf Organisationen aus neun Ländern,

die sich den eigenen Angaben gegen „all forms of racism, antisemitism and Islamophobia domestically“ ([EJJP o. J.](#)) wendet. Die antizionistische *Jüdische Stimme* ist seit 2007 als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin tätig und eng mit anderen Organisationen wie *Palästina Spricht* verbunden. Andere antizionistische Gruppen wie *Jewish Bund* oder *Jewish Voice for Peace* werden auf ihrer Website als Partnerorganisationen genannt (vgl. [Jüdische Stimme o. J.](#)).

Der Verein unterstützt die BDS-Kampagne. Mitglieder des Vorstands wie Wieland Hoban, Iris Hefets oder Lili Sommerfeld sind bekannte Antizionist:innen. Alle drei betätigen sich im Kontext ihres Engagements für die *Jüdische Stimme* als Redner:innen, bewerben Kampagnen oder unterzeichnen offene Briefe, die einen Boykott gegen Israel befürworten (vgl. [Jewish Voice for Peace 2018](#)).

Ziele und Aufgaben

Als wichtigsten Adressaten ihres Handelns benennt die *Jüdische Stimme* „die bundesdeutsche Öffentlichkeit und Regierung“ ([Jüdische Stimme 2007](#)). Auf der Website heißt es, man wolle „über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines gerechten Friedens zwischen Palästina und Israel informieren“ ([Jüdische Stimme o. J.](#)). Die Hauptaufgabe bestehe darin, darauf hinzuwirken, „dass die Bundesregierung ihr außenpolitisches und ökonomisches Gewicht [...] nachdrücklich und unmissver-

ständig im Interesse der Herstellung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina auf integriertem Hoheitsgebiet und innerhalb sicherer Grenzen nutzt und aktiv zur Verwirklichung eines dauerhaften und für beide Nationen lebensfähigen Friedens beiträgt.“ ([Jüdische Stimme o. J.](#)) Was genau damit gemeint ist, verdeutlichen die Aktivitäten des Vereins.

Beispielsweise solidarisierte sich die *Jüdische Stimme* mehrmals mit der „Free Gaza Freiheitsflottille“ ([Jüdische Stimme 2010](#)) und organisierte im September 2010 selbst einen Versuch, die israelische Blockade zum Gaza-Streifen mit einem mit Hilfsgütern beladenen Schiff zu durchbrechen (vgl. [Marx 2010](#)). Durch diese und ähnliche Aktionen werden die Sicherheitsinteressen Israels untergraben und ein militärisches Eingreifen provoziert. Im Anschluss kann Israel der Inhumanität beschuldigt werden. Bei einer ähnlichen, vorangegangenen Aktion kam es zu mehreren Toten.

Die *Jüdische Stimme* beteiligt sich auch an Kampagnen und Initiativen, ruft aktiv zum Boykott Israels oder israelischer Produkte auf und gibt dabei vor, „den Ruf der palästinensischen Zivilgesellschaft“ ([Jüdische Stimme 2011](#)) zu unterstützen. Deutlich wurde das im Jahr 2015 im Kontext der Leipziger Buchmesse, die unter dem Motto „1965 bis 2015. Deutschland – Israel“ stattfand. Damals veröffentlichte die *Jüdische Stimme* einen „Aufruf Zum Boykott Aller Pro-Israelischen Veranstaltungen

Der Leipziger Buchmesse (sic!)“ ([Jüdische Stimme 2015](#)) und führte dafür verschiedene Gründe an, darunter auch der Bezug zur BDS-Kampagne, die man unterstütze.

Die *Jüdische Stimme* kritisiert alle, „die sich anmaßen, für alle Juden einer Nation oder gar der Welt zu sprechen“ ([Jüdische Stimme o. J.](#)). Zeitgleich kann der Name des Vereins genau diesen Eindruck vermitteln.

Rolle für Proteste

Die *Jüdische Stimme* organisierte in den letzten Jahren nur selten eigene Protestveranstaltungen. Stattdessen beteiligen sich die Aktivist:innen an Aufrufen anderer antizionistischer Organisationen. Plakate des Vereins, auf denen Israel zum Beispiel als „Apartheid“ bezeichnet wird, sind auf Demonstrationen sichtbar, darunter fallen auch Protestveranstaltungen aus breiten linken Bündnissen, wie etwa die „Revolutionäre I. Mai Demonstration“ in Berlin.

Einordnung

Der *Jüdischen Stimme* kommt im Zusammenhang mit pro-palästinensischer beziehungsweise israelfeindlicher Agitation in Deutschland eine Sonderrolle zuteil: die der jüdischen Kronzeug:innen.

Immer wieder wehren antizionistische Akteur:innen Antisemitismusvorwürfe mit dem Verweis auf gemeinsame Aktionen

mit der *Jüdischen Stimme* ab. Zuletzt zeigte sich das im März 2023 in einem Interview auf *marx21.de*, das sich mit den Demonstrationsverboten im Jahr 2022 befasst. Darin betont eine Aktivistin der #Nakba75-Kampagne: „Palästinenser:innen werden dem Generalverdacht des Antisemitismus und der Gewalttätigkeit ausgesetzt. Dabei traf das Verbot ebenso die ‘Jüdische Stim-

me für gerechten Frieden in Nahost’.“ ([marx21 2023](#)) Die Aktivistin suggeriert, dass die Proteste gar nicht antisemitisch hätten sein können, weil auch die *Jüdische Stimme* beteiligt war. Doch dieser Annahme liegt ein Irrtum zugrunde: Auch Jüdinnen:Juden können antisemitisch denken und handeln.

Berlin, 1. Mai 2022, „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“.



DEMOSPRÜCHE UND PAROLEN

„Was ist daran denn antisemitisch?“ Diese Frage werden sich schon einige bezüglich der Parolen gestellt haben, um die es im Folgenden gehen soll und die häufig auf Demonstrationen zu hören sind. Der eigentliche Inhalt lässt sich nicht immer aus dem Wortlaut alleine erklären. Das liegt einerseits an dem Format des Demospruchs selbst, das oftmals verkürzt ist. Andererseits dient es zur Absicherung gegen Kritik. Betrachtet man die Sprüche in ihrer Gesamtheit, ergibt sich meist ein eindeutiges Bild: Israel wird als das absolut Böse dämonisiert und soll (mit Gewalt) vernichtet werden. Häufig werden diese Chöre und Sprüche ritualisiert vorgetragen, sodass sich viele des antisemitischen Inhalts gar nicht bewusst werden.

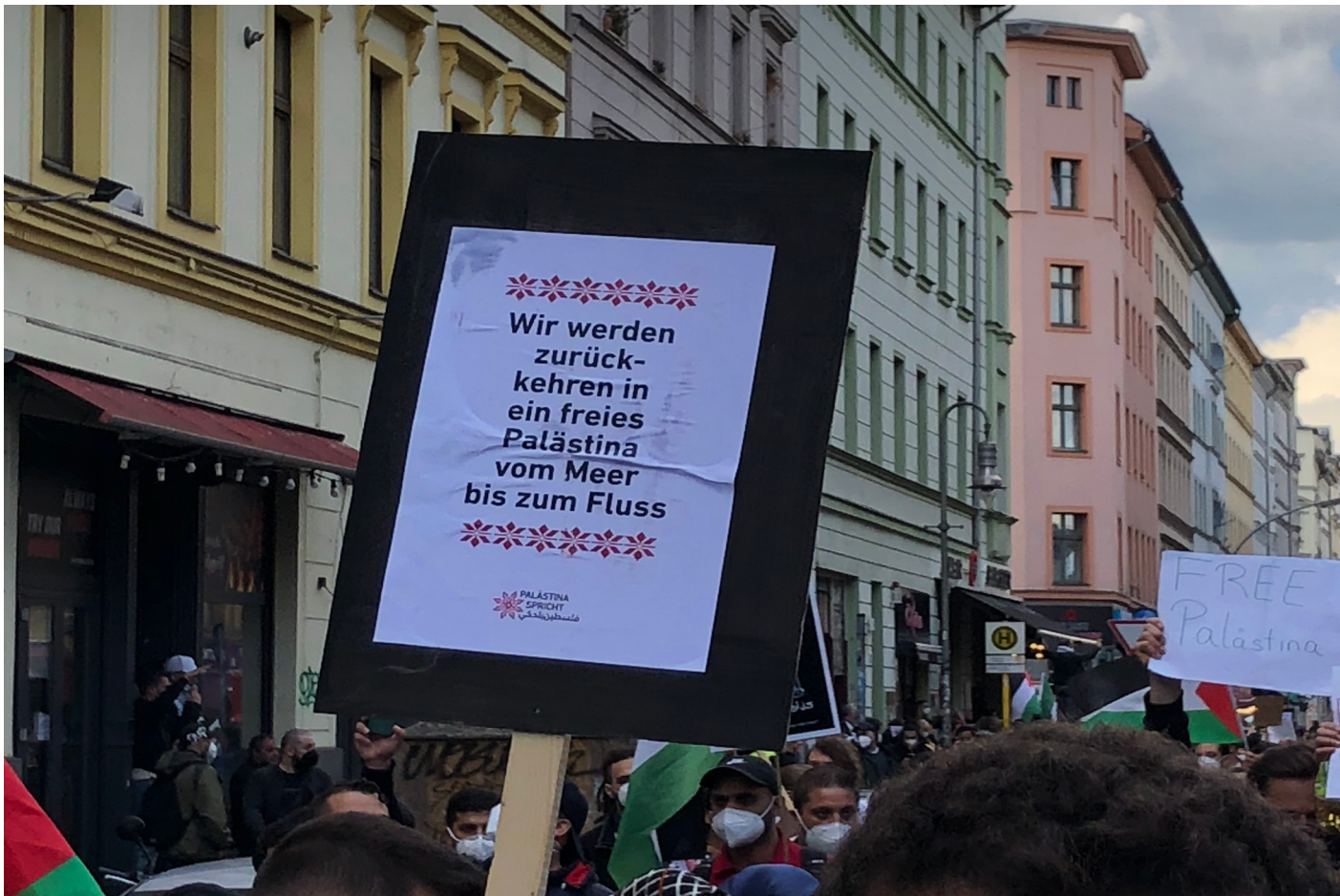
From the river to the sea, Palestine will be free

Auf Deutsch übersetzt bedeutet diese Parole „Vom Fluss bis zum Meer – Palästina wird frei sein!“ Konkret wird sich damit auf das Gebiet zwischen dem Jordan (the river) und dem Mittelmeer (the sea) bezogen – also die Westbank, den Gazastreifen und den heutigen Staat Israel. Der Ausruf unterstellt, dass das gesamte Land unter israelischer Kontrolle nicht frei sei und der israelische Staat folglich illegitim. Diese Forderung verfolgt keinen konstruktiven Umgang mit der politischen Realität hinsichtlich der besetzten Gebiete, sondern beinhaltet, die Existenz des jüdischen Staates zu beenden und ihn durch einen palästinensischen zu ersetzen. Das korreliert nicht nur mit den auf diesen Versammlun-

gen allgegenwärtigen Karten, die das Gebiet in palästinensischen Farben zeigen, sondern auch mit dem Spruch „Palästina bleibt arabisch“.

Free, free Palestine

Der Ausruf kann auf den ersten Blick harmlos erscheinen und ist nicht automatisch antisemitisch. Es stellt sich jedoch die Frage, wovon Palästina überhaupt befreit werden soll. Damit verbunden kann der Eindruck entstehen, dass sich der Spruch auf das gesamte israelische Staatsgebiet bezieht und somit das Existenzrecht Israels negiert wird. Eine ausschließliche Adressierung Israels würde zudem bedeuten, dass die *Hamas* als bewaffnete politische Kraft legitimiert wird.



Berlin, 15. Mai 2021, Demonstration anlässlich des Nakba-Tages.

Palästina bis zum Sieg, Intifada bis zum Sieg

Dieser Spruch konkretisiert das Mittel zur Erreichung der Befreiung Palästinas von Israel: die **Intifada**. Er bezieht sich auf zwei gewaltsame Aufstände, bei denen zahlreiche israelische Zivilist:innen getötet wurden. Einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts erteilt man dadurch eine Absage. Die Parole „Zum Teufel mit dem Frieden, wir wollen Gewehrketten und Raketen“, die so oder in ähnlicher Form ebenfalls auf Demonstrationen gerufen wird, ist ebenfalls in diesem Sinne zu bewerten.

Von Hanau bis nach Gaza, Yallah Intifada/Von Lützerath nach Gaza, Yallah Intifada

Diese und ähnliche Sprüche finden sich auf Demonstrationen mittlerweile in einigen Variationen. Es handelt sich um die Instrumentalisierung verschiedener politischer Kämpfe, wie zum Beispiel das Gedenken an den rassistischen Mordanschlag in Hanau („Von Hanau bis nach Gaza“) oder zuletzt das Engagement der Klimabewegung gegen den Kohleabbau in Lützerath („Von Lützerath nach Gaza“), wo sogar die Wortkreation „Klimaintifada“ hervorgebracht



Berlin, 3. März 2023, Globaler Klimastreik.

wurde. Durch diese Parolen werden irreführende Verbindungen zum bewaffneten Kampf gegen Israel gezogen. In Anbetracht der Tatsache, dass der Täter von Hanau in seinem Manifest die Auslöschung der israelischen Bevölkerung fordert, ist dies besonders perfide.

Palästina, Kurdistan — Intifada, Serhildan

Kurdistan bezeichnet eine Region, die sich hauptsächlich im Nahen Osten befindet und von Kurd:innen bewohnt wird. Einen offiziell anerkannten kurdischen Staat gibt es nicht. Serhildan ist kurdisch und bedeu-

tet „Erhebung“ oder „Aufstand“. Es ist die Bezeichnung für verschiedene kurdische Aufstände im Kontext der kurdischen Autonomiebestrebungen. Mit dem Spruch werden zwei sehr unterschiedliche Streben nach einem eigenen Staat (Palästina/Kurdistan) und die damit verbundenen Aufstände (Intifada/Serhildan) miteinander in Bezug gesetzt. Es gibt Kurd:innen, die in ihrem Streben nach einem eigenen Staat Parallelen zu dem von Jüdinnen:Juden sehen und eine israelische Unterstützung der kurdischen Autonomiebestrebungen. Gleichzeitig gibt es aber auch Kurd:innen, die sich eher solidarisch mit dem palästinensischen Kampf zeigen.

Kindermörder Israel

Es ist unbestritten, dass es im Nahostkonflikt zu zivilen Opfern kommt. Zu behaupten, dass diese jedoch von Israel ‚umgebracht‘ also mit Vorsatz getötet würden, bedient einen antisemitischen Mythos. Im christlichen Antijudaismus gab es die Ritualmordlegende, die besagte, dass Jüdinnen:Juden christliche Kinder töteten, um ihr Blut zum Backen von dünnen Brotfladen (Matzen) zu verwenden. Die Parole orientiert sich an dieser Erzählung.

Darüber hinaus ist nicht allein Israel für zivile Opfer verantwortlich zu machen.

Die islamistische *Hamas* stellt Raketenab-schussrampen, von denen israelische Städte beschossen werden, in Wohngebieten und sogar auf Krankenhausbächern auf. Die zivilen Opfer werden billigend für die eigene Propaganda gegen Israel in Kauf genommen.

Stop doing what Hitler did to you

Mit diesem Spruch wird die israelische Politik mit der des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Der Vorwurf ist schlichtweg falsch: Es gibt in Israel keine Gesetzgebung, die bestimmten Bürger:innen ihre Grundrechte entzieht, sie ihres Eigen-

Frankfurt am Main, 28. Juni 2016, Demonstration anlässlich des Nakba-Tages.



tums beraubt, in Ghettos sperrt oder sie systematisch und industriell ermordet. Der Nahostkonflikt hat eine spezifische Geschichte, aus der die Opfer zu verstehen sind. Dem Staat der Shoahüberlebenden, ihrer Nachfahren und anderer Jüdinnen:Juden zu unterstellen, er verfolge dieselbe Agenda wie Nazideutschland, stellt eine Täter-Opfer-Umkehr dar, die den Nationalsozialismus und die Shoah relativiert sowie ihre Opfer und die Überlebenden verhöhnt.

Chaibar, Chaibar, oh ihr Juden! Mohammeds Heer wird wiederkommen.
(Chaybar, Chaybar, Ya Yahud, Yaish Muhammad Sayud)

Der Prophet Mohammed führte 628 n. Chr. einen Feldzug gegen die hauptsäch-

lich jüdisch besiedelte Oase Chaibar bei Medina. Resultat des Feldzuges war es, dass die Bevölkerung Chaibars gegenüber der Armee Mohammeds kapitulierte und Chaibar ein Präzedenzfall dafür wurde, Jüdinnen:Juden im Islam als Schutzbefohlene zu behandeln. Der Spruch nimmt darauf Bezug und beinhaltet einen Aufruf zum gewaltsamen Kampf. Zudem setzt er Israel mit Jüdinnen:Juden gleich.

Berlin, 15. Mai 2021, Demonstration anlässlich des Nakba-Tages.



ZUR ANSCHLUSSFÄHIGKEIT AN DIE POLITISCHE LINKE

In diesem Kapitel wird die Frage behandelt, welche Anknüpfungspunkte einzelne linke Strömungen für israelbezogenen Antisemitismus bieten. Zu betonen ist, dass es keine homogene gesellschaftliche Gruppe gibt, die man als genuin links bezeichnen kann. Es gibt auch keinen allgemeinen Zusammenhang zwischen linker Weltanschauung und Antisemitismus. Dennoch: Bei manchen Gruppen ist der antisemitische Gehalt bereits in der Ideologie und Theoriebildung angelegt. Bei anderen beruht er wiederum größtenteils auf Unwissen. Neben den in dieser Broschüre bereits besprochenen israelfeindlichen Gruppierungen und der BDS-Kampagne, sind es sogenannte antiimperialistische Linke, Anhänger:innen der Postkolonialen Studien und Queer-Theorie sowie Teile der radikalen Linken und Klimabewegung, die mit israelbezogenem Antisemitismus auffallen beziehungsweise dafür anfällig sind. Diese Gruppen fungieren auch als ideologische Multiplikator:innen, die antisemitische Denkstrukturen auch in größere Zusammenhänge tragen.

Antiimperialismus

„Mali, Donbass, Gaza-Stadt – macht den Westen endlich platt“ war im Januar 2023 auf dem jährlich stattfindenden Gedenkmarsch an die am 15. Januar 1919 ermordeten sozialistischen Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin aus den sogenannten internationalistischen Jugendblöcken zu hören. In diesem Sprechchor zeigt sich ein dualistisches Zerrbild, das zur Problemlösung von politischen Konflikten angeboten wird und auf das antiimperialistische Weltbild dieser Gruppen zurückzuführen ist. Der Anti-

imperialismus sieht den Imperialismus von Staaten als höchste Form des Kapitalismus an (Lenin 1917) und teilt die Welt in Unterdrückende (Imperialisten) und Unterdrückte ein. Soziale Widersprüche zwischen verschiedenen Klassen, Armut und Reichtum sowie Kapital und Arbeit werden dabei aufgehoben. Die Völker werden zu homogenen Kollektiven verklärt und entweder als Objekte der Solidarität oder als Feinde betrachtet. Als Verbündeter der Vereinigten Staaten gilt Israel in diesem Weltbild ebenfalls als Aggressor, der dem palästinensischen Kollektiv seinen Lebensraum aus rassistischen Motiven und Ka-



Berlin, 15. Juni 2021, Demonstration anlässlich des Nakba-Tages.

pitalinteressen rauben wolle. Dies führt zu der Überzeugung, Israel sei ein illegitimer **Kolonialstaat** und der **Zionismus** ein dementsprechendes Projekt. Gleichzeitig werden die Adressat:innen der Solidarität durch Homogenisierung als per se gut dargestellt und ihrer menschlichen Individualität und Handlungsmacht beraubt. Die israelische Armee, die sich gegen palästinensischen Terrorismus verteidigt, wird zum Feind eines unterdrückten und um Befreiung kämpfenden Volkes stilisiert, ohne dass auf die realpolitischen und historischen Bedingungen des Konflikts eingegangen wird.

Postkoloniale Studien

Medial fand die Debatte um das problematische Verhältnis postkolonialer Studien zum Antisemitismus in der Aus-

einandersetzung mit den kontroversen Äußerungen des postkolonialen Vordenkers Achille Mbembe seinen Höhepunkt, als diverse Apologet:innen eben jenem zur Seite sprangen. Auch Mbembe selbst kam ausführlich zu Wort (beispielsweise [Mbembe 2020](#)). Mbembe war von Kritiker:innen Antisemitismus vorgeworfen worden, da er die Shoah als Folgeerscheinung der Kolonialverbrechen bezeichnet hatte. Im vor allem akademisch-aktivistisch geprägten postkolonialen Diskurs ist neben dieser ständigen Relativierung des Holocaust vor allem der fehlende Begriff von Antisemitismus problematisch, da dieser fast ausschließlich als jüdenfeindliche Kategorie unter Rassismus subsumiert wird (siehe Seite 11f.).

Die Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus oder die Bezeichnung Israels

als Kolonialmacht ist in linken Gruppierungen anschlussfähig, die sich auf Postkoloniale Studien und ihren verkürzten Antisemitismus-Begriff beziehen. Der Postkolonialismus ist eine auf dem Poststrukturalismus beruhende Denkrichtung, die sich vorwiegend mit den diskursiven Dimensionen des europäischen Kolonialismus und Imperialismus sowie der Dekonstruktion der bis in die Gegenwart wirkenden kolonialen Denkmuster befasst. Gegenstand postkolonialer Studien sind historische und gegenwärtige rassistische Diskurse. Rassismus wird als westliche Ideologie verstanden, die verschiedenen Gruppen unterschiedliche Wertigkeiten zuschreibt, um ein (post-)koloniales Dominanzverhältnis zu rechtfertigen. Der postkoloniale Antirassismus neigt dazu, auch Antisemitismus als gesellschaftliches Dominanzverhältnis zu betrachten, bei dem Jüdinnen:Juden aufgrund von rassistischen Zuschreibungen diskriminiert werden. Diese Perspektive kann die grundlegende Ebene des Antisemitismus, die in der Imagination einer jüdischen Übermacht den Vernichtungswunsch bereits beinhaltet, nicht fassen. Formen des Antisemitismus, insbesonde-

re dann, wenn diese nicht mit einer biologistischen oder kulturell begründeten Abwertung und Diskriminierung von Jüdinnen:Juden einhergehen, können so nicht als antisemitisch erkannt werden. Dies trifft beispielsweise auf die Übertragung des antisemitischen Motivs der jüdischen Übermacht (siehe Seite 11f.) auf den Staat Israel zu. Das hat zur Konsequenz, dass Zionismus als europäisches Kolonialprojekt verstanden und für jegliches Leid der Palästinenser:innen verantwortlich gemacht wird. Der islamische Antisemitismus wird ausgeblendet und islamistische Gewalt, unter der auch Palästinenser:innen leiden, zum Befreiungskampf gegen das vermeintlich imperiale Streben Israels umgedeutet.

Klima-Bewegung

Im internationalen und regionalen Kontext fällt die Klima-Bewegung durch antisemitische Äußerungen in Bezug auf Israel auf. Im Oktober 2022 veröffentlichte der *Twitter-Account FFF International (Fridays for Future International)* eine Aussage, die das Engagement gegen den Klimawandel mit der „Befreiung Palästinas“ verknüpft:



Fridays For Future
@Fridays4future

...

if you say climate justice, you cannot ignore anti-colonialism, & if you say anti-colonialism, you must also say free palestine!!

twitter.com/migrantischewu...

[Tweet übersetzen](#)

FFF International, 12. Oktober, 2022 (Screenshot Twitter).

„Wer Klimagerechtigkeit sagt, darf Antikolonialismus nicht ignorieren. Und wer Antikolonialismus sagt, muss auch Free Palestine sagen!“

Der Großteil der Klima-Bewegung wurde in der Vergangenheit oft für individualistische und moralisierende Tendenzen kritisiert. Ihnen wurde vorgeworfen, aus einer privilegierten Position zu argumentieren, die keine Rücksicht auf soziale Ungleichheit nehme. Die Beteiligten reagierten auf diese Kritik. Gegenwärtig ist die Klima-Bewegung stärker von einer Systemkritik geprägt, die das normative Konzept der Klimagerechtigkeit in den Vordergrund stellt. Klimagerechtigkeit bedeutet, die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels in die Verantwortung zu nehmen und gleichzeitig die Menschen zu schützen und zu unterstützen, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Diese Entwicklung zeigt sich in einem weiteren Post von *FFF International* im Mai 2021:

„Als Organisatoren der Klimagerechtigkeit rufen wir zum Sturz jenes Systems auf, das entrechtete Communitys geschaffen hat, das die Klimakrise hervorgebracht hat und das auf Kolonialismus und Imperialismus aufgebaut ist.“ [3]

Kehrseite dieses Anspruchs ist, dass er die Bewegung anfällig für israelfeindliche

Narrative in Bezug auf den Klimawandel macht. Grundlage hierfür ist die Behauptung, dass Israel eine imperiale Kolonialmacht sei, die durch ihre Kriegsführung einen großen Anteil am Klimawandel habe und dessen Auswirkungen auf Palästina. Darüber hinaus wird Israel auch die Verantwortung für die Fähigkeit Palästinas, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, zugeschrieben. Aufgrund fehlender Kenntnisse über die historischen Bedingungen des Nahostkonflikts und die aktuelle politische Situation gibt es in der Klimabewegung eine Tendenz, sich mit dem palästinensischen Kampf gegen die Existenz Israel zu solidarisieren. Entgegen der meisten nationalen und einiger regionaler Ableger positioniert sich *FFF Deutschland* (vgl. [Schultheiß 2023](#)) diesbezüglich konträr.

Queer Aktivismus, Queerfeminismus

Auch in queeren Kontexten fallen Akteur:innen immer wieder durch antisemitische Äußerungen oder eine Ignoranz gegenüber antisemitischen Handlungen auf (vgl. Haug 2022: 1). Einer der bekanntesten Vorfälle ist der Ausschluss von drei jüdischen Lesben auf dem Dyke March in Chicago 2017. Sie trugen eine mit einem Davidstern bedruckte Regenbogenfahne bei sich, von der andere Teilnehmende der Demonstration behaupteten, diese würde sie provozieren. Die Veranstalter:innen

[3] Original: „As climate justice organizers, we call for the overhaul of the system that have disenfranchised communities, created the climate crisis and which are built on colonialism and imperialism.“



Berlin, 24. Juli 2021 „Internationalist Queer Pride“.

verwiesen die drei Jüdinnen der Veranstaltung und vermerkten, dass der Dyke March sich klar „pro-palästinensisch“ und „antizionistisch“ positioniere (vgl. Stöver 2020: 272). Auch die queerfeministische Ikone Judith Butler ist schon öfter wegen einer antisemitischen Haltung in die Kritik geraten. Sie selbst unterstützt die BDS-Kampagne, propagiert das Ende des Staates Israel und negiert sämtliche Berechtigung jüdischer Souveränität (vgl. Grigat 2014).

Nicht nur Butlers konkrete politische Positionen zum Nahostkonflikt und Israel, auch ihre queerfeministische Theorie bietet eine Grundlage für antisemitische Narrative. Erkennbar wird dies an der Abkehr von Objektivität und der Priorisierung des sogenannten Sprechortes, also der sozialen, kulturellen, politischen und historischen Perspektive, von der aus

eine Person spricht oder schreibt. Demnach wird weniger bewertet, was gesagt wird, sondern sich darauf konzentriert, wer spricht. Was als antisemitisch gilt, kann dadurch nicht mehr nach objektiven Maßstäben beurteilt werden, sondern wird durch einen imaginierten Sprechort bestimmt (vgl. Salzborn 2018: 107). Diese Entwicklung lässt sich auch an Butlers kontrovers diskutierter Behauptung, dass *Hamas* und *Hisbollah* Teile einer „globalen Linken“ (Salzborn 2018: 109) seien, erkennen: Durch ihr *antizionistisches* Weltbild, in dem Israel als weißer, rassistischer Kolonialstaat diffamiert wird, gilt die Gegenposition zwangsläufig als progressiv. Auch die Kritik an dem antisemitischen Gehalt der Aussage Butlers wird durch den Verweis auf ihre eigene jüdische Identität (Sprechort) abgewehrt. In queerfeministischen Kontexten begründeten Identitäten

also nicht nur die inhaltliche Positionierung, sondern führen auch zu einer identitätspolitischen Immunisierung gegenüber Antisemitismusvorwürfen.

Intersektionale Feminismen

Ansätze eines intersektionalen Feminismus erfreuen sich derzeit großer Popularität. Obwohl Intersektionalität das Ineinandergreifen verschiedener Diskriminierungen untersuchen will, taucht Antisemitismus in intersektionalen Kontexten kaum und wenn überhaupt als bloße Spielart des Rassismus auf. Die Analyse verkennt die zentralen Strukturmerkmale des antisemitischen Denkens, insbesondere die verschwörerische Wahnvorstellung einer jüdischen Weltherrschaft (vgl. Stögner 2022; siehe auch Seite 11f.). Die Unzulänglichkeit intersektionaler Theorien, Antisemitismus in seinem Wesen zu greifen, hat schwerwiegende Folgen: Die historische und gegenwärtige Auswirkung des Antisemitismus, sowie sein eliminatorischer Charakter werden bagatellisiert oder ignoriert. Diese Tendenz wird im gegenwärtigen Antirassismus durch einen weitverbreiteten Gegensatz verstärkt: Auf der einen Seite stehen die privilegierten Weißen, auf der anderen Seite die unterdrückten Nicht-Weißen. Durch diesen vereinfachenden Dualismus werden Jüdinnen:Juden oder stellvertretend der Staat Israel als weiß, mächtig und privilegiert eingeordnet (vgl. Kistenmacher 2021). Diese Fremdzuschreibung

ignoriert nicht nur die Lebensrealität von Jüdinnen:Juden, sondern steht im Einklang mit dem antisemitischen Narrativ einer jüdischen Elite, die im Verborgenen das Weltgeschehen manipuliert.

Beispiel Pinkwashing

Viele intersektionale Feminismen ignorieren häufig einen Bereich des Antisemitismus, schaffen Raum für antisemitische Narrative und tragen so passiv oder aktiv zur antisemitischen Feindlichkeit bei (vgl. Achinger 2022: 77f.). Diese Narrative werden in queerfeministischen und intersektionalen Kontexten nicht selten in Form einer Umwegkommunikation als Antizionismus legitimiert (vgl. Beyer 2015: 584ff).

Dies zeigt sich beispielsweise am Beispiel des Pinkwashing-Vorwurfs. LGBT-Personen sind in Israel überdurchschnittlich gut geschützt. Anders als in anderen Ländern im Nahen Osten oder in Nordafrika werden gleichgeschlechtliche Ehen aus dem Ausland anerkannt und homosexuelle Paare können Kinder adoptieren. Doch anstatt die liberalen LGBT-Rechte Israels positiv hervorzuheben oder die teils lebensgefährliche Situation der Community in umliegenden Ländern der Region zu kritisieren, werden aus einigen queeren Kreisen Vorwürfe des „Pinkwashings“ laut. Die Herleitung des Vorwurfs ist antisemitisch motiviert: Israels LGBT-Politik sei keineswegs progressiv, sondern solle die Menschenrechtsverletzungen in den

palästinensischen Gebieten verdecken (vgl. Schindler 2017: 189). Somit wird der LGBT-freundlichen Politik Israels auf verschwörerischer Art und Weise Verschleierung und Manipulation unterstellt (vgl. Schindler 2017: 192).

Berlin, 23. Juli 2022, „Internationalist Queer Pride“.



SCHLUSSBEMERKUNG

Israel stellt nicht nur für weite Teile der rechten und rechtsextremen Szene ein zentrales Feindbild dar. Auch bürgerliche sowie linke Strukturen beteiligen sich an der Verbreitung israelfeindlicher Erzählungen, oftmals ohne sich dessen bewusst zu sein. Dass es vielen Menschen nicht gelingt, sich gerade gegen diese Form des Antisemitismus zu positionieren oder sie überhaupt nicht als solche zu erkennen, hat viele Ursachen. Eine liegt in der Komplexität des Nahostkonflikts und daraus resultierenden Unsicherheiten. Angesichts dessen kann es verlockend erscheinen, sich einfachen Erklärungsansätzen hinzuwenden. Doch diese gehen in den meisten Fällen mit einer unreflektierten und einseitigen Sichtweise einher.

Einige Akteur:innen versuchen, jene Unsicherheiten für die eigene politische Agenda zu nutzen. Sie behaupten, die Situation sei eigentlich ganz einfach: auf der einen Seite die Guten und auf der anderen die Bösen. Es handelt sich um eine dichotome und irreführende Betrachtung eines überaus komplexen Konflikts. Eine solche Betrachtung wird immer wieder als Vorwand genutzt, um angebliche Gemeinsamkeiten in der politischen Praxis zu betonen und

somit Anschluss an linke Strukturen zu erhalten. Auf diese Weise finden israelfeindliche Erzählungen und antisemitische Ressentiments mal mehr, mal weniger subtil Verbreitung.

So einladend vereinfachte Sichtweisen dieser Art auch sind, der Einsatz gegen Antisemitismus verlangt, Phänomene in ihrem Kontext zu betrachten und Widersprüche oder Ambivalenzen mitunter auszuhalten. Sich für die Anliegen von Palästinenser:innen einzusetzen, bedeutet nicht, gegen Israel zu sein, und umgekehrt. Es ist darüber hinaus nicht möglich, auf alle Fragen stets eine klare und niedrigschwellig verständliche Antwort parat zu haben. Ein zentrales Anliegen sollte stets darin bestehen, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen und niemals gegeneinander auszuspielen.

Bevor man sich voreiligen Schlüssen hinwendet, ist es wichtig, sich gründlich und sensibel mit der Thematik zu befassen und möglichst objektiv zu analysieren. Dazu gehört ein Hinterfragen des eigenen Denkens und Handelns, das häufig geleitet von Ressentiments stattfindet. Auch in linken Strukturen muss dahingehend eine Sen-

sibilisierung erfolgen, die den Beteiligten notwendige Informationen zur Verfügung stellt.

Behauptungen, wonach israelfeindliche Aussagen, Initiativen oder Aktionen von der Meinungsfreiheit gedeckt seien, gilt es entschieden abzulehnen. Scheinargumente dieser Art werden fortlaufend aufgestellt und sollen vor dem Vorwurf des Antisemitismus immunisieren. Mit der eigentlichen Kritik, auch vonseiten von Jüdinnen:Juden oder jüdischen Einrichtungen, wird sich in den meisten Fällen nicht befasst. Stattdessen geht man in den Gegenangriff und unterstellt den Kritiker:innen Rassismus.

Letztlich sollte der Blick darauf gerichtet und sich immer wieder die Frage gestellt werden, was Gewaltaufrufe, Vernichtungsfantasien und Hass gegen Israel, den einzigen jüdischen Staat, für Jüdinnen:Juden in Deutschland bedeuten: ein Gefühl der Angst und Bedrohung, insbesondere weil sie immer wieder mit Israel assoziiert, gleichgesetzt und kollektiv für Konflikte verantwortlich gemacht werden. Gerade linke Gruppierungen und Bündnisse, die stets die Bedeutung der Betroffenenperspektive in den Fokus rücken, sollten sich das in diesem Zusammenhang immer wieder bewusst machen.

Dresden, 11. Juni 2016, Gegendemonstration zu den Protesten gegen die Bilderbergerkonferenz.



GLOSSAR

Antizionismus (s. a. Zionismus)

Eine politische Ideologie, die sich gegen den Zionismus und gegen die Existenz Israels positioniert. Häufig werden antizionistische Aussagen als Umwegkommunikation verwendet, um antisemitische Aussagen zu tätigen. Es gibt auch einen religiösen Antizionismus. Orthodoxe Jüdinnen:Juden glauben, dass die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates vor der Ankunft des Messias gegen die jüdischen religiösen Gesetze verstößt.

Apartheid

Bezeichnet das politische System der „Rassentrennung“ in Südafrika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In diesem System waren alle Rechte der weißen Bevölkerung vorbehalten. Die mehrheitlich schwarze Bevölkerung wurde unterdrückt, ausgebeutet und erniedrigt. Darüber hinaus gibt es auch eine Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid im internationalen Völkerrecht, das wegen des südafrikanischen Unrechtsstaates formuliert wurde. Darin wird Apartheid als eine politische Ideologie und ein System der institutionellen Rassentrennung und

Diskriminierung, zur Beherrschung einer Gruppe gegenüber einer andern Gruppe definiert.

Arabische Liga

Ein internationaler Staatenverbund arabischer Staaten mit insgesamt 22 Mitgliedern aus 21 Nationalstaaten Afrikas und Asiens und dem von der PLO vertretenen, international nicht vollständig anerkannten Palästina. Die Arabische Liga hat ihren Sitz in Kairo, wo sie am 22. März 1945 auch gegründet wurde. Ihr Ziel ist die Förderung, Unterstützung und der Austausch der Mitgliedstaaten untereinander auf politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene, auch um arabische Interessen international zu gewährleisten.

Hamas

Die Hamas ist eine islamistische palästinensische Terrororganisation, die aus der ägyptischen Muslimbruderschaft hervorgegangen ist. Sie verfolgt seit 1987 das Ziel, Israel mit militärischen Mitteln zu beseitigen, um einen islamischen Staat zu schaffen. Sie ist für diverse Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf Israel verantwortlich. Seit 2006 regiert sie diktatorisch in Gaza

und richtet ihre Herrschaft auch gegen die palästinensische Bevölkerung.

Hisbollah

Die *Hisbollah* („Partei Gottes“) ist eine islamistische-schiitische Organisation, die hauptsächlich im Libanon aktiv ist. Sie besteht aus einer politischen Partei und einer bewaffneten Miliz. Im Mittelpunkt ihres Handelns steht der Kampf gegen Israel. Sie wird vom Iran unterstützt und wirkt als dessen verlängerter Arm in der Region.

Intifada

Intifada ist arabisch für „Erschütterung“ oder „Aufstand“. Der Begriff wird für die Bezeichnung der palästinensischen Aufstände gegen die israelische Besatzung im Westjordanland und Gazastreifen in den Jahren 1987–1993 und 2000–2005 verwendet. Die Intifadas waren von Gewalt, Steinwürfen, Selbstmordanschlägen, Boykott und anderen Formen des zivilen Ungehorsams geprägt.

Kolonialismus (s. a. Siedlerkolonialismus)

Kolonialismus bezeichnet die Ausdehnung der Herrschaft eines Landes auf ein anderes Land oder Territorium. Hauptziel der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontrolle ist die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes zur Mehrung des eigenen Reichtums.

FARL

Die *Libanesische Revolutionäre bewaffnete Fraktion (FARL)* ist ein radikaler libanesischer-palästinensischer Zusammenschluss, der 1979 gegründet wurde. In den 1980er-Jahren war die FARL für diverse Bombenanschläge, politische Morde und Entführungen von französischen, US-amerikanischen und israelischen Beamt:innen im Libanon und in Westeuropa verantwortlich. Nach der Verurteilung des mutmaßlichen Anführers Georges Ibrahim Abdallah zu lebenslanger Haft im Jahr 1987, ließen die Angriffe der Gruppe nach.

Marxismus-Leninismus

Der Begriff Marxismus-Leninismus (wissenschaftlich Sozialismus genannt) bezeichnet die offizielle Weltanschauung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder, die sich an ihrem Vorbild orientierten. Er basiert auf den von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten kommunistischen Theorien (Marxismus), die von Lenin und Stalin unter den Bedingungen des Klassenkampfes in der Zeit des Imperialismus modifiziert wurden.

Nakba

Palästinenser:innen gedenken noch heute der Nakba (zu dt.: Katastrophe), der Vertreibung und Flucht von etwa 700.000 arabischen Bewohner:innen Palästinas. Nach der Staatsgründung Israels griffen die umliegenden arabischen Staaten den

neu gegründeten Staat an. Sie erhofften sich einen schnellen Sieg und forderten die arabische Bevölkerung auf, das Land vorerst zu verlassen. Viele flohen aus eigenem Antrieb vor der brutalen Realität des Krieges. Andere wiederum wurden von israelischen Soldaten vertrieben. Wie viele insgesamt geflohen und wie viele vertrieben worden sind, ist bis heute nicht endgültig geklärt.

PFLP

Die *Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP)* (zu dt.: *Volksfront zur Befreiung Palästinas*), wurde 1967 im Nachgang des Sechstagekrieges gegründet. Ihren Kampf gegen Israel und den Zionismus verstehen sie als Ausdruck des Kampfes gegen die vermeintliche Herrschaft des Kapitalismus und den jüdischen Allmachtsanspruch. Die zugrunde liegende Ideologie ist durch Panarabismus, Nationalismus und **Marxismus-Leninismus** geprägt. Die EU führt die PFLP als Terrororganisation.

PLO

Die *Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)* wurde 1964 in Jerusalem gegründet. Sie ist eine Dachorganisation an Gruppen, die offiziell die palästinensische Bevölkerung repräsentieren möchten. Ihre größte Fraktion ist die Partei *Fatah*. Fraktionen der PLO werden für eine Reihe von Terroranschlägen verantwortlich gemacht. 1993

schwor die PLO jedoch offiziell dem Terrorismus als Mittel der Politik ab.

Protokolle der Weisen von Zion

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ geben vor, ein angebliches Treffen „der Führer des Weltjudentums“ in Prag aufgezeichnet zu haben. Dort sollen Pläne zur Übernahme der Weltherrschaft entwickelt worden sein. Sie sind frei erfunden und werden dennoch seit ihrer erstmaligen Veröffentlichung zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder als vermeintlicher Beweis für eine jüdische Weltverschwörung herangezogen.

Shoah

Das hebräische Wort Shoah wird übersetzt mit „Untergang“. Shoah beschreibt die systematische Ermordung von circa sechs Millionen europäischen Jüdinnen:Juden durch das nationalsozialistische Deutschland während des Zweiten Weltkriegs. Besser bekannt ist der Völkermord unter dem Namen Holocaust.

Siedlerkolonialismus (s. a. Kolonialismus)

Siedlerkolonialismus ist eine spezifische Form des Kolonialismus, bei der die Kolonisatoren das Ziel haben, sich dauerhaft in dem besetzten Gebiet niederzulassen und in ein neues Heimatland zu verwandeln. Mit der Landnahme geht die

Enteignung, Vertreibung, Ermordung und Zwangsassimilation der indigenen Bevölkerung einher.

Zionismus (s. a. **Antizionismus**)

Das Streben nach einem jüdischen Staat, der Jüdinnen:Juden ein freies und sicheres Leben ermöglichen kann. Das ursprüngliche Ziel der zionistischen Bewegung ist mit der Staatsgründung Israels erreicht worden. Es gibt sozialistische, liberale, konservative, rechtsextreme und religiöse zionistische Strömungen.

QUELLENVERZEICHNIS

- BDS Movement (2005): Open Letter: Palestinian Civil Society Call for BDS. <https://bdsmovement.net/call#German> (zul. 24.04.2023).
- BDS (2021): BDS schließt sich dem globalen Aufruf für Klimagerechtigkeit auf der COP26 an. <http://bds-kampagne.de/bds-schliesst-sich-dem-globalen-aufruf-fuer-klimagerechtigkeit-auf-der-cop26-an/> (zul. 24.04.2023).
- Butler, Judith (2013): Remarks to Brooklyn College on BDS. <https://www.thenation.com/article/archive/judith-butlers-remarks-brooklyn-college-bds/> (zul. 28.04.2023).
- EJJP (o. J.): Home. <https://www.ejpp.net/> (zul. 26.04.2023).
- Fridays for Future international (2021): We stand with the Palestinian people against settler-colonization..., Tweet (19. Mai 2021). <https://twitter.com/Fridays4future/status/1395111918898016259?s=204> (zul. 24.04.2023).
- Fridays for Future international (2022): if you say climate justice, you cannot ignore anti-colonialism..., Tweet (12. Oktober 2022). <https://twitter.com/Fridays4future/status/1580029716672618496> (zul. 24.04.2023).
- Internationalistischer Abend (2023): Veranstaltung: Israel-Palästina Konflikt und der Zionismus. <https://international.nostate.net/post/veranstaltung-israel-palastina-konflikt-und-der-zionismus> (zul. 02.05.2023).
- Jewish Voice for Peace (2018): First ever: 40+ jewish Groups worldwide oppose equating antisemitism with criticism of israel. <https://www.jewishvoiceforpeace.org/2018/07/30jewishgroupsbds/> (zul. 26.04.2023).
- Jüdische Stimme (o. J.): Über uns. <https://www.juedische-stimme.de/#about-info> (zul. 25.04.2023).
- Jüdische Stimme (2007): Selbstverständnis. <https://www.juedische-stimme.de/selbstverst%C3%A4ndnis> (zul. 25.04.2023).
- Jüdische Stimme (2010): Stellungnahme Vom 07.10.2010. <https://www.juedische-stimme.de/hello-world> (zul. 28.04.2023).

- Jüdische Stimme (2011): Stellungnahme Der Jüdischen Stimme Für Den 26. November, Der Aktionstag Gegen Den Import Israelischer Produkte. <https://www.juedische-stimme.de/stellungnahme-der-judischen-stimme-fur-den-26-november-der-aktionstag-gegen-den-import-israelischer-produkte> (zul. 25.04.2023).
- Jüdische Stimme (2015): Aufruf Zum Boykott Aller Pro-Israelischen Veranstaltungen Der Leipziger Buchmesse 2015. <https://www.juedische-stimme.de/aufruf-zum-boykott-aller-pro-israelischen-veranstaltungen-der-leipziger-buchmesse-2015> (zul. 25.04.2023).
- Kairos-Palästina-Dokument (2009): „A moment of truth. A word of faith, hope, and love from the heart of Palestinian suffering“, https://jai-pal.org/files/Kairos%20Palestine__En.pdf (zul. 24.04.2023).
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1962 [1917]): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. 6. Aufl., Dietz: Berlin.
- Marx is‘ muss (o.J.): Palästina. <https://marxismuss.de/palaestina/> (zul. 25.04.2023).
- marx21 (2021): Widerstand gegen die anhaltende Vertreibung in Palästina. <https://www.marx21.de/widerstand-gegen-die-anhaltende-vertreibung-in-palaestina/> (zul. 26.04.2023).
- marx21 (2023): 75 Jahre Nakba und das Nakba-Demonstrationsverbot in Berlin. <https://www.marx21.de/75-jahre-nakba-und-das-nakba-demonstrationsverbot-in-berlin/> (zul. 25.04.2023).
- Mbembe, Achille (2020): Die Welt reparieren. <https://www.zeit.de/2020/18/antisemitismus-achille-mbembe-vorwuerfe-holocaust-rechtsextremismus-rassismus> (zul. 02.05.2023).
- Palästina Spricht (o.J.): Über uns. <https://www.palaestinaspricht.de/ueber-uns> (zul. 25.04.2023).
- Palästina Spricht (2022a): Statement von Palästina Spricht zur 1. Mai Demonstration in Berlin. <https://www.palaestinaspricht.de/news/1-mai-stellungnahme> (zul. 26.04.2023).
- Palästina Spricht (2022b): Palästina-Solidarität hat nichts mit Antisemitismus zu tun. <https://www.klassegegenklasse.org/palaestina-solidaritaet-hat-nichts-mit-antisemitismus-zu-tun/> (zul. 26.04.2023).
- Palästina Spricht (2022c): Palästina-Demo: Wir fordern die deutsche Presse auf, journalistischen Prinzipien nachzukommen und unsere Gegenperspektive ebenfalls zu veröffentlichen. <https://www.palaestinaspricht.de/news/demo-23apr2022> (zul. 26.04.2023).
- Samidoun (2021): Köln Nakba Day Demonstration. <https://samidoun.net/event/koln-nakba-day-demonstration/> (zul. 26.04.2023).

Samidoun (2023a): About Samidoun. <https://samidoun.net/about-samidoun/> (zul. 25.04.2023).

Samidoun Deutschland (2023): Die Referenten in den Online-Seminaren sind Eltern..., Instagram-Post. <https://www.instagram.com/p/CplDIZisk0p/?igshid=YmMyMTA2M2Y=> (zul. 02.05.2023).

LITERATURVERZEICHNIS

- American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute (AJC) (2022): Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung. https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC%20Berlin_Antisemitismus%20in%20Deutschland_Eine%20Repr%C3%A4sentativbefragung.pdf (zul. 03.05.2023).
- Beck, Pascal (2023): Von Berlin bis Teheran. <https://jungle.world/artikel/2023/16/von-berlin-bis-teheran> (zul. 25.04.2023).
- Beyer, Heiko (2015): Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67, S. 573-589.
- Black, Ian (2018): Enemies and Neighbours. Arabs and Jews in Palestine and Israel, 1917-2017, London: Penguin Books.
- Blume, Georg (1987): Prozeß gegen Abdallah beginnt heute in Paris. <https://taz.de/Prozess-gegen-Abdallah-beginnt-heute-in-Paris/!1870275/> (zul. 25.04.2023).
- Botsch, Gideon (2020): Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 16–29.
- Breiner, Josh/Khoury, Jack (2022): Palestinians Call for General Strike After Jailed Fatah Leader Dies in Israeli Prison. <https://www.haaretz.com/israel-news/2022-12-20/ty-article/premium/palestinians-call-for-general-strike-after-jailed-fatah-leader-dies-in-israeli-prison/00000185-2dfa-dcac-a185-bdffcc800000> (zul. 25.04.2023).
- Brenner, Michael (2016): Geschichte des Zionismus, München: C.H.Beck.
- Brenner, Michael (2020): Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute, München: C.H.Beck.
- Deutscher Bundestag (2019): Bundestag verurteilt Boykottaufrufe gegen Israel. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892> (zul. 24.04.2023).
- Deutscher Bundestag (2021): Erkenntnisse zur „Volksfront für die Befreiung Palästinas“. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-865432> (zul. 25.04.2023).

- Elbe, Ingo et. al. (2022): Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik, Berlin: Edition Tiamat.
- García, Meira/Netz, Igor (2021): Neue Gruppen, alte Probleme. <https://jungle.world/artikel/2021/17/neue-gruppen-alte-probleme> (zul. 19.04.2023).
- Grigat, Stephan (2014): Deconstructing Israel. <https://jungle.world/artikel/2014/03/deconstructing-israel> (zul. 20.03.2023).
- Haug, Franziska (2022): „No Pride in Israeli Apartheid?“ The Function of Antisemitism in Queer-Feminist Discourse. https://isca.indiana.edu/conferences/webinars/Fall22/The-Function-of-Antisemitism-in-Queer-Feminist-Discourse_Haug.-Franziska.pdf (zul. 03.05.2023).
- Hestermann, Jenny/Nathanson, Roby/Stetter, Stephan (2022): Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutschland-und-israel-heute-zwischen-verbundenheit-und-entfremdung#:~:text=Dies%20zeigt%20sich%20in%20der,die%20deutsche%20Bev%C3%B6lkerung%20auf%20Israel> (zul. 03.05.2023).
- Jansen, Frank (2020): Einreisesperre für palästinensischen Aktivisten. <https://www.tages-spiegel.de/berlin/khaled-barakat-darf-vier-jahre-nicht-nach-deutschland-4160878.html> (zul. 25.04.2023).
- JFDA (2021): Klage von BDS-Aktivist:innen gegen Deutschen Bundestag gescheitert. <https://www.jfda.de/post/klage-von-bds-aktivist-innen-gegen-den-deutschen-bundestag-gescheitert> (zul. 26.04.2023).
- JFDA (2022): Israelfeindliche Demonstrationen am 22. und 23.02.2022 in Berlin. https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-demonstrationen-22_23_berlin (zul. 26.04.2023).
- JFDA (2023a): „From the river to the sea, Palestine will be free!“..., Tweet (04.02.2023). https://twitter.com/JFDA_eV/status/1621916982965673986 (zul. 03.05.2023).
- JFDA (2023b): NS-Vergleich vor dem Bundestag... , Tweet (16.03.2023). https://twitter.com/JFDA_eV/status/1636436893897244682 (zul. 03.05.2023).
- JFDA (2023c): „Lang leben die Waffen!“ & „Raketen regnen Freiheit!“..., Tweet (10.04.2023). https://twitter.com/JFDA_eV/status/1645487535701860354 (zul. 03.05.2023).
- Joswig, Gareth (2022): Faeser für konsequentes Handeln. <https://taz.de/Nach-antiisraelischer-Demo-in-Berlin/!5850094/> (zul. 11.05.2023).

- Kistenmacher, Olaf (2021): Zugleich „weiß“ und „nichtweiß“. Kritik am Intersektionalismus. <https://jungle.world/artikel/2021/06/zugleich-weiss-und-nichtweiss> (zul. 20.03.2023).
- Kloke, Martin (2020): Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS): Gratwanderungen zwischen „Israelkritik“ und Antisemitismus. <https://www.compass-infodienst.de/Martin-Kloke-Boykott-Desinvestitionen-und-Sanktionen.17805.0.html> (zul. 03.05.2023).
- Marx, Bettina (2010): Ein „jüdisches Schiff“ für Gaza. <https://www.dw.com/de/ein-j%C3%BCdisches-schiff-f%C3%BCr-gaza/a-5726776> (zul. 03.05.2023).
- Morris, Benny (2008): 1948. A History of the First Arab-Israeli War, New Haven/London: Yale University Press.
- Poliakov, Léon (2022 [1983]): Von Moskau nach Beirut. Essay über die Desinformation. Freiburg: ca ira.
- Polizei Köln (2023): POL-K: 230415-I-K Palästinensische Versammlung in Köln-Mülheim von der Polizei aufgelöst - Ermittlungen gegen Versammlungsleiter. <https://www.pressportal.de/blaulicht/pm/12415/5486476> (zul. 25.04.2023).
- Rabinovich, Itamar (2016): Yitzhak Rabin. Soldier, Leader, Statesman, London: Yale University Press.
- Raffa, Gerardo (2022): Terrorvertreter, der kürzlich in der Schweiz war, ruft zur Zerstörung von USA, EU und Israel auf. <https://www.audiatour-online.ch/2022/11/08/vertreter-von-terrororganisation-der-kuerzlich-in-der-schweiz-war-ruft-zur-zerstoerung-von-usa-eu-und-israel-auf/> (zul. 19.04.2023).
- Redaktion Mena-Watch (2019): Bericht zeigt Verbindungen zwischen BDS und Terroristen auf. <https://www.mena-watch.com/bericht-zeigt-verbindungen-zwischen-bds-und-terroristen-auf/> (zul. 24.04.2023).
- Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Beltz Juventa: Weinheim.
- Schindler, Frederik (2017): „Pinkwashing“. Das queere Ressentiment gegen Israel. In: Patsy L'amour Lalove (Hg.): Beissreflexe, Berlin: Querverlag, S. 185-190.
- Schmidt, Till (2022): Warum ein Verbot für die antizionistische PFLP gefordert wird. <https://libmod.de/till-schmidt-warum-ein-verbot-der-antizionistischen-pflp-gefordert-wird/> (zul. 25.04.2023).
- Schultheis, Joshua (2023): Ein riesengroßer Lernprozess. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ein-riesengrosser-lernprozess/> (zul. 28.04.2023).

- Segev, Tom (2005): Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München: Siedler Verlag.
- Segev, Tom (2018): David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis, München: Siedler Verlag.
- Stillman, A. Norman (1991): The Jews of Arab Lands in Modern Times, Philadelphia/New York: The Jewish Publication Society of America.
- Stögner, Karin (2017): „Intersektionalität von Ideologien“ – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. In: Psychologie und Gesellschaftskritik 41 (2), S. 25-45.
- Stögner, Karin (2022): Intersektionalität und Antisemitismus. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/516233/intersektionalitaet-und-antisemitismus/> (zul. 23.03.2023).
- Stögner, Karin/Colligs, Alexandra (2022): Kritische Theorie und Feminismus, Berlin: Suhrkamp.
- Stöver, Merle (2020): Im Zweifel gegen den Burgfrieden. Zur notwendigen Kritik des Antisemitismus unter Feminist*innen. In: Koschka Linkerhand (Hg.): Feministisch Streiten, Berlin: Querverlag, S. 268-276.
- Supreme Court of Israel (2004): Beit Sourik Village Council v. The Government of Israel, S. I u. 9 u.13. https://supremedecisions.court.gov.il/Home/Download?path=EnglishVerdicts/04/560/020/A28&fileName=04020560_a28.txt&type=4 (zul. 23.04.2023).
- Tagesspiegel (2008): Radikaler Palästinenserführer Saadat verurteilt. <https://www.tagesspiegel.de/politik/radikaler-palastinenserfuhrer-saadat-verurteilt-1723495.html> (zul. 19.04.2023).
- Thiel, Thomas (2019): Die Spur führt nach Teheran. Zur Gründungslegende der Israel-Boykottbewegung BDS. <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/geschichte-der-israel-boykottbewegung-bds-16308736.html#:~:text=Die%20Spur%20f%C3%BChrt%20nach%20Teheran&text=Die%20Resolution%20des%20deutschen%20Bundestages,der%20Politik%20auch%20die%20Wissenschaft> (zul. 24.04.2023).
- Wertelinitiative (2021): Die PFLP - Eine Terrororganisation ohne Betätigungsverbot, Berlin.
- Wolffsohn, Michael/Grill, Tobias (2016): Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Zadoff, Noam (2020): Geschichte Israels. Von der Staatsgründung bis zur Gegenwart, München: C.H.Beck.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Bernstein, Julia (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen - Handeln - Vorbeugen, Basel: Beltz Verlag.

Elbe, Ingo et al (Hg.) (2022): Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik, Berlin: Edition Tiamat.

Grigat, Stephan (2022): Kritik des Antisemitismus heute. CARS Working Papers.

Pfeffer, Anshel (2018): Bibi. The Turbulent Life and Times of Benjamin Netanyahu, London: Hurst&Company.

Salzborn, Samuel (2015): Globaler Antisemitismus. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Schneider, Richard C. (2016): Alltag im Ausnahmezustand. Mein Blick auf Israel, München: DVA.



Jüdisches Forum für Demokratie
und gegen Antisemitismus e.V.

Jüdisches Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum

Das Jüdische Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum führt kontinuierlich Feldbeobachtungen und (Online-) Monitoring aktueller antisemitischer Vorfälle, Ereignisse und Tendenzen durch und betreibt wissenschaftlich fundierte Recherche. Die Feldbeobachtung verfolgt das Ziel, Dokumentations- und Anschauungsmaterialien zu gewinnen. Durch Videobeiträge und ausführliche Analysen soll eine breite Öffentlichkeit und staatliche Akteur:innen für verschiedene Formen des Antisemitismus und demokratiefeindliche Entwicklungen sensibilisiert werden.

Das Projekt bietet Workshops und Vorträge zum Phänomenbereich Antisemitismus und zu Protestdynamiken für Jugendliche, Multiplikator:innen und Expert:innen an.